

Academia

Politik. Wirtschaft. Religion. Kultur.

Wie kann ich helfen?
(Und dabei Ihr Leben übernehmen? 🤖)



4

Die pilgernde Kirche
auf der Synode in Prag

19

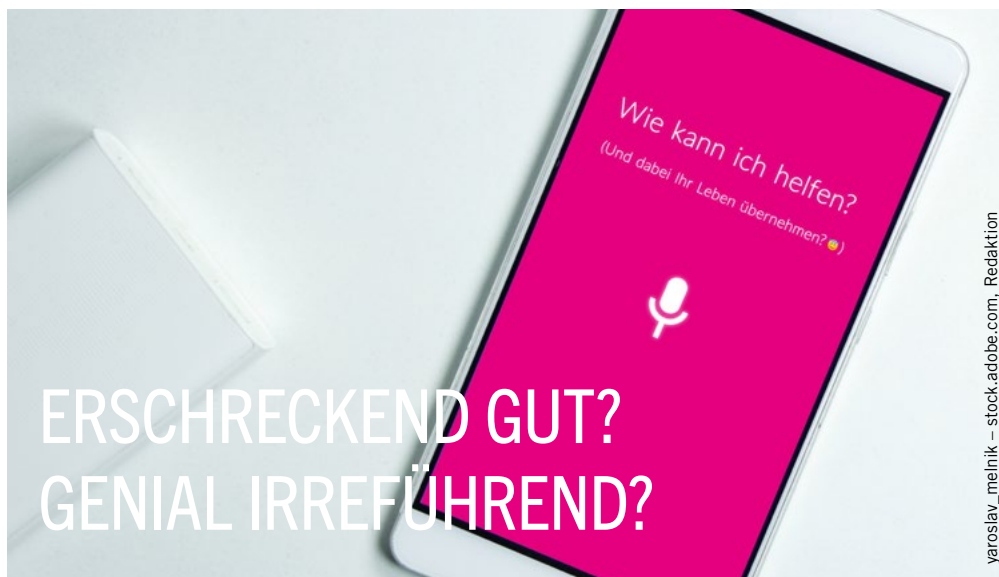
Ein Österreicher
als Shinto-Priester

26

Russland-Sanktionen:
sinnvoll oder schädlich?

ERSCHRECKEND GUT? GENIAL IRREFÜHREND?

Was mit Chat-GPT, der „KI von der Stange“,
auf uns zukommt



yaroslav_meinik – stock.adobe.com, Redaktion

Ein Jahr ACADEMIA um 20 Euro

Das Jahres-Abo im Umfang von sechs Ausgaben kostet nur 20 Euro (im Inland) und kann per E-Mail an academia@oecv.at oder per Telefon unter +43-1-405 16 22 31 bestellt werden. Es genügt auch einfach eine Überweisung des Abonnement-Preises auf das Konto AT11 3200 0002 1014 5050 (Academia) unter Angabe der Zustelladresse.

4

**PRAG UND DER ENDZEITLICHE
CHARAKTER DER
PILGERNDEN KIRCHE**

Lucas Semmelmeier

7

**MENSCHLICHER
ALS DER MENSCH?**

Wolfram Kreipl

10

**MASCHINE
IM INTERVIEW**

Wolfram Kreipl

13

**„WIR BRAUCHEN
LEISTUNGSANREIZE
EBENSO WIE ZUZUG“**

Wilhelm Ortmayr

18

**PARTEINÄHE, FREUNDERLWIRT-
SCHAFT, EINFLUSSNAHME**

Herbert Kaspar

19

**EIN ÖSTERREICHER ALS
SHINTO-PRIESTER**

Florian Wiltschko

22

**WOHNEN – STUDIEREN –
VERTRAUEN**

Ernst Bruckmüller

26

**EIN ZWEISCHNEIDIGES
SCHWERT, ABER OHNE
ALTERNATIVE**

Horst Heitz

29

**„ZUM LETZTEN MALE MIT
HERZLICHEM CARTELLGRUSS“**

Gerhard Hartmann

32

**SEHNSUCHTSORT PRAG –
EIN MITTELEUROPÄISCHER
AUFTRAG**

Florian Kühner-Wielach

33

REZENSIONEN

34

LESERBRIEFE

LIEBE LESER!

Sie ist schon länger unter uns. Doch den Level der breitflächigen Aufmerksamkeit dürfte „Künstliche Intelligenz“ (KI) in Form etwa von Chat-GPT hierzulande erst in jüngster Zeit erreicht haben. Plötzlich ist KI Thema.

Diese Ausgabe der Academia liefert dazu Grundlegendes aus der Feder von Wolfram Kreipl (Vi), der auch die „Maschine“ selbst zu ihrer Funktionsweise befragt hat. Noch ist in keiner Weise abschätzbar, welche Folgen globale servergesteuerte Informationsdienste haben könnten, die im Ruf stehen, so gut wie alles zu wissen und beurteilen zu können. Für Bildung, Recht, Sprache – und nicht zuletzt für eine Gesellschaft, deren Mehrheit schon jetzt Wikipedia/Twitter/Facebook/Kronenzeitung für die Wahrheit hält. Dieses Thema wird uns zukünftig wiederholt beschäftigen.

Auch über die Weltsynode der Katholischen Kirche muss immer wieder geschrieben werden. Lucas Semmelmeier (Rt-D) hat die Kontinentalversammlung in Prag beobachtet und mit der Theologin Regina Polak gesprochen, die dem österreichischen Teilnehmerquartett angehörte. Sein Beitrag eröffnet dieses Heft.

Im Reigen der Landtagswahlen dieses Halbjahres macht Salzburg am 23. April den Abschluss. Wilfried Haslauer (R-J, BbW, Rp) und seine ÖVP wollen stärkste Kraft bleiben – im Interview mit der ACADEMIA spricht er über mehrere gesellschaftspolitisch heiße Themen in politisch unruhigen Zeiten.

Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine jähren sich auch die Sanktionen des Westens gegen den Aggressor. Die Frage nach ihrer Wirk-

samkeit und Sinnhaftigkeit ist seither nicht verstummt. Horst Heitz, versierter Kenner des wirtschaftlichen Mittelstandes Europas, versucht, eine Antwort zu finden.

In die für uns fremde Religionswelt Japans entführt uns Stephan Heisler (A-S). Er hat Florian Wiltschko getroffen, den bisher einzigen Nicht-Japaner, der Shinto-Priester wurde und als solcher an einem Schrein auf der Insel Honshu Dienst tut.

Gerhard Hartmann (Baj et mult.) wirft neuerlich einen Blick auf das Jahr 1933, in dem der Druck der NSDAP auf die Verbindungen in Deutschland letztlich zur Gründung des Dritten ÖCV führte. Der Historiker Ernst Bruckmüller (Nc) widmet sich der „Akademikerhilfe“, die – maßgeblich geführt von ÖCVern – seit 100 Jahren Studenten „Bett und Zimmer“



gibt. Ihre Erfolgsgeschichte ist nun als Buch erschienen.

Eine angenehme Lektüre wünscht

Wilhelm Ortmayr (Lo, NdW)
Chefredakteur

Academia Ausgabe 2/2023 (April).

Medieninhaber: Cartellverband der katholischen österreichischen Studentenverbindungen (ÖCV). **Mit der Herausgabe beauftragt:** Gerhard Jandl.

Chefredakteur: Wilhelm Ortmayr. **Redaktion:** Florian Kamleitner, Lucas Semmelmeier, Herbert Kaspar, Gerhard Hartmann, Wolfram Kreipl, Josef Schuster. **Layout:** Stephanie Pirker-Seiler. **Verlagsleitung:** Gerhard Jandl. **Redaktionsmanagement:** Clemens Mayer.

Adresse (alle): Lerchenfelder Straße 14, 1080 Wien; +43 1 405 16 22–31; academia@oecv.at; www.academia.or.at.

Reproduktion/Druck: Print Alliance HAV Produktions GmbH, 2540 Bad Vöslau.

Fotos/Grafiken (sofern nicht anders angegeben): ACADEMIA-Archiv, ÖCV-Archiv, Adobe Stock.

Cover: Adobe Stock, Redaktion. **Verkaufspreis:** EUR 3,00. **Abo:** EUR 20,00/Jahr (Inland, Normalpreis). **Verkaufsstellen:** Wien 8, ÖCV-Sekretariat, Lerchenfelder Straße 14; Wien 15, Trafik Lippa, Mareschgasse 32. Bruck/M.: Trafik Kamper, Herzog-Ernst-Gasse 23. Hartberg: Trafik Denkmeier, Kirchengasse 6. Innsbruck: Trafik Wacker, Museumsstraße 38; Trafik Sezemsky, Brunecker Straße 1.

Hinweise: Beiträge, die die offizielle Meinung des ÖCV wiedergeben, sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Publikationen stellen nur die persönliche Meinung des Autors dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewährleistung übernommen. Redaktionell abgeschlossen am 23.3.2023.

PRAG UND DER ENDZEITLICHE CHARAKTER DER PILGERNDEN KIRCHE

Seit 2021 läuft die Weltsynode. Der zunächst diözesane Prozess, in der ordinierte und nichtgeweihte Katholiken Gemeinschaft, Teilhabe und Sendung in den Blick nehmen, ist in den letzten Monaten nach Synthesen auf Ebene der nationalen Bischofskonferenzen in seine kontinentale Phase eingetreten. Mitte Februar fand in Prag die kontinentale Synodalversammlung statt. Welche Themen wurden diskutiert? Und was ist in näherer Zukunft zu erwarten? Eine Einschätzung von Lucas Semmelmeier.

LUCAS SEMMELMEYER

Für die Wiener Theologieprofessorin Regina Polak, die vor Ort anwesend war, bleibt einer der stärksten Eindrücke die Eröffnung der Versammlung durch den spirituellen Impuls des Theologen Tomáš Halík. Synodalität

Besitz der Wahrheit zu sein, auf andere zugehen. Die Wahrheit ist ein Buch, das noch keiner von uns zu Ende gelesen hat." Die ersehnte Änderung muss also von innen heraus, bei einem selbst, ansetzen.

„Wir dürfen nicht mit dem Stolz und der Arroganz derjenigen, die glauben, im Besitz der Wahrheit zu sein, auf andere zugehen. Die Wahrheit ist ein Buch, das noch keiner von uns zu Ende gelesen hat.“

Theologe Tomáš Halík

bedeutet, dass wir alle uns öffnen und verändern müssen: „Wir dürfen nicht mit dem Stolz und der Arroganz derjenigen, die glauben, im

KATHOLISCHE WEITE

Katholisch zu sein, bedeutet, nicht national zu denken, den eigenen Standpunkt



Regina Polak, Mitglied der österreichischen Delegation in Prag.

nicht absolut zu stellen. Das setzt eine gewisse Breite voraus, die sich laut Polak gut durch die Wendung *Einheit in der Vielfalt* ausdrückt. Ein genuin jesuitischer Ansatz: „Aus Sicht des Papstes gilt es darauf zu vertrauen, dass aus einer echten synodalen Haltung, die vor allem durch das Hinhören auf Andere und auf den Heiligen Geist bestimmt ist, auch dritte Lösungen möglich werden.“ Freilich bleibt die Frage offen, ob dieser Prozess auch kirchenpolitisch, auf Ebene rechtlicher Normen gelingt.

DEUTSCHE EINDEUTIGKEIT UND ÖSTERREICHISCHE HETEROGENITÄT

Während der gesamten Synode konnte man den Eindruck gewinnen, dass die Kirche in Deutschland den Prozess ein gutes Stück mutiger, umfassender und artikulierter verfolgte, auch mit dem Willen zur Darstellung von Bruchlinien. Tatsächlich gab es ein klares „Commitment“ zum Prozess und eindeutige Vorstellungen zu den Inhalten. Daraus ergaben sich Spannungen zu anderen Teilen der europäischen Kirche. Polak meinte: „Die Deutschen

haben es sich selbst und den anderen nicht leicht gemacht.“ Unabhängig davon wurde aber auch eine beeindruckende kulturelle Pluralität sichtbar. Das bedeutet gleichzeitig Spannungen und Widersprüche. Für Polak blieb die Frage offen, wie man nun weiter tut. Man entschied sich dazu, alles offen auf den Tisch zu legen und zu benennen. Die österreichische Delegation wurde von mehreren als vermittelnd wahrgenommen – auch wenn die Themen, zu denen es Spannungen gab, in Österreich sehr ähnlich sind, wie die in Deutschland oder anderen westeuropäischen Ländern. Die österreichische Delegation hat diese Vermittlungsrolle insbesondere zwischen West- und Osteuropa auch ganz bewusst eingenommen. Polak sieht in dieser Rolle eine wichtige Aufgabe für den Synodalen Prozess in Europa und hofft auf eine Weiterführung. Sie erinnert in diesem Zusammenhang an die mitteleuropäischen Katholikentage. Zugleich wird man wohl nicht umhinkommen, sich mittelfristig auch den Konflikten zu stellen. Papst Franziskus fordert das dezidiert ein, etwa im letzten Kapitel sei-

ner Grundsatzschrift „Wage zu träumen!“ zum Umgang mit Konflikten.

ROMA LOCUTA?

Angesichts der vielfältigen regionalen Unterschiede und Spannungen kam in Prag auch die Möglichkeit dezentraler, regionaler Lösungen und die Etablierung von sogenannten „Probierräumen“ zur Sprache. Die Abschlussklärung Kardinal Hollerichs (E-Rh et al.) enthielt die Zusage, dieses Anliegen unverändert nach Rom zu tragen. Laut Kardinal Bätzing versprachen auch die Bischöfe in ihrer Stellungnahme, das Arbeitsdokument in diesem Punkt keinesfalls zu relativieren. Eine Regionalisierung in nicht heilsrelevanten Fragen bei gleichzeitiger Unterscheidung von Lehre und Verkündigung scheint also durchaus möglich. Gleichzeitig ist manches, was in Europa Thema ist, in anderen Weltregionen nicht relevant – und umgekehrt.

Die Diözesen waren im Vorfeld aufgefordert, anhand des Arbeitsdokumentes zur kontinentalen Phase Gemeinsamkeiten und Unter-

schiede sowie Spannungen zu identifizieren und daraus prioritäre Themen abzuleiten, die in Rom diskutiert werden sollen. Bei vielen Themen, wie z.B. dem Frauenthema, dem Thema der Inklusion oder der Evangelisierung und Mission, gab es große Gemeinsamkeiten, wenn gleich es bei der Frage, wie man diese Anliegen umsetzt, große Unterschiede gab. So reichten die Lösungen des Anliegens, die Rolle der Frau zu stärken, vom Vorschlag, die Rolle der Frau als Mutter zu stärken bis zur Frauenordination. Gleichzeitig wurden manche Themen gar nicht oder nur sehr vereinzelt angesprochen, blieben damit ein blinder Fleck, etwa globale Armut, Menschenhandel, soziale Ungerechtigkeit und Probleme des globalen Südens. Die europäische Binnenfokussierung war eine Schwäche, die sich aber in der globalen Phase noch gut machen lässt.

Für manche werden pastorale Lösungen im Umgang mit Geschlechteridentität oder gleichgeschlechtlichen Beziehungen genügen. Andere wünschen sich diesbezüglich die Veränderung der

Ihr NOTAR in Ihrer Nähe bietet mit seiner NOTARTREUHANDBANK AG bewährte QUALITÄT und SICHERHEIT

Unsere Vorteile:

- Sicherheit für den Klienten
- Sicherheit für die notarielle Abwicklung
- Hohe EDV-Sicherheit

Das Vertrauen geht auf unser Konto



www.notar.at

kirchlichen Lehre und des Rechts. Von einer antithetischen Gegenüberstellung rein soziologischer Sichtweisen von Kirche einerseits und ihrem Verständnis als Weggemeinschaft zu Gott andererseits ist man glücklicherweise abgekommen. Auch Polak möchte eher von einer Verschränkung beider Sichtweisen sprechen (vgl. „Lumen Gentium“ 8). Auch Papst Franziskus spricht lieber von Spannungen, die der Kirche nicht hinderlich sind, sondern konstitutiv für sie. Gemeinsam gilt es darauf zu achten, dass aus ihnen keine zerstörerischen Widersprüche werden. Orientierung an Erkenntnissen der Wissenschaft und Anerkennung des Anderen können dabei helfen.

THEOLOGISCHE SUBSTANZ?

Anfang März sprach Kardinal Kasper (AISt) anlässlich seines 90. Geburtstags mit Hinblick auf das Konzil von „Öffnungen, die aber immer biblisch und von der Tradition her fundiert“ waren. „Das fehlt jetzt, auch, um dem Synodalen Weg ein gutes theologisches Fundament zu geben.“ Diesem doch kritischen Befund stimmt Regina Polak zu. Schon vor dem Beginn der Synode erschien ein Dokument der internationalen Theologenkommission zum Thema „Was ist Synodalität?“ Im konkreten Prozess spielt die Theologie eine marginale Rolle. Das findet auch Polak nicht gut und verweist darauf, dass die angesprochene Spannung zwischen dem

soziologischen Blick und der sakramentalen Kirche schon in der Eröffnungsansprache Johannes XXIII. zum Konzil adressiert wurde: Das Lehramt ist in seinem Wesen pastoral. Aus Polaks Sicht benötigt es kein neues Konzil; es wäre schon ein wichtiger Schritt, das Konzil konsequent weiter umzusetzen und weiterzudenken.

SYNODALITÄT ALS PROPHETIE

Wenn Synodalität die Kirche im Geist Gottes lebendig erhalten soll, dann muss sie prophetische Eigenschaften entfalten. Themen der Prophetie sind Herrschafts- und Sozialkritik, Kult- und Glaubenskritik und eine klare Perspektive. In der Frage der Einrichtung synodaler Räte in den Diözesen und ihrer formalen Rolle („decision taking“) gab es keine finale Entscheidung. Im *Vademecum* zur Synode forderte der Papst die Bischöfe unmissverständlich dazu auf, zuzuhören. Das ist in Prag geschehen. Aus der Dokumentation und dem Austausch von Erfahrungen ergab sich ein theologischer Schatz, den es zu bewahren und zu nutzen gilt und der nun Grundlage für die „Unterscheidung der Geister“ ist. Dies verlangt, nicht nur Eigeninteressen im Kopf haben. Die Aufforderung zur Hinwendung zu

Gott ist kein Manöver, um von Machtfragen abzulenken, sondern Ausdruck eines ehrlichen Verlangens nach Vertiefung, nach „*missio ad intra*“. Polak erinnert an die Folgen der Corona-Pandemie: Innerhalb von nur drei Jahren sank die Zahl der gottgläubigen Menschen in Österreich von über 75 auf 54 Prozent. Eine sozial gerechte Kirche, in der niemand mehr an Gott glaubt, kann auch nicht Ziel der Übung sein. In diesem Sinn ist Erzbischof Lackner (BbG) völlig zuzustimmen, wenn er dazu auffordert, die Gottesfrage lebendig zu halten. Als Kirche

müssen wir eine Antwort auf die Frage geben können, wie man im 21. Jahrhundert Glauben lernt. Gott schickt uns immer wieder Prüfungen zur Bewährung (Paulus spricht im Römerbrief von der Schöpfung in Geburtsschmerzen). Geschichtstheologisch ist damit ausgesagt: Wir haben eine ausgewachsene Krise. Doch zu jeder Geburt gehören Schmerzen. Christliche Geburtshilfe, kirchliche Mäeutik, muss letztlich darin bestehen, gemeinsam beharrlich nach dem Reich Gottes zu fragen. Denn dorthin sind wir gemeinsam unterwegs.



Die abschließende Erklärung zur kontinentalen Phase und das Arbeitspapier sind hier zugänglich:

<https://www.ccee.eu/european-continental-assembly-final-remarks>

Assoz.-Prof. MMag. Dr. Regina Polak, MAS, steht dem Institut für Praktische Theologie der Universität Wien vor und vertrat mit drei weiteren Delegierten die Bischofskonferenz bei der kontinentalen Phase in Prag. Sie stand ACADEMIA für ausführliche Hintergrundgespräche zur Verfügung, wofür sich Herausgeber und Redaktion ausdrücklich bedanken möchten.

Nähere Informationen zur Person:

<https://pt-ktf.univie.ac.at/team/personen/polak/>



Mag. theol. Lucas Semmelmeier (Rt-D)

war Student bei Regina Polak. Er unterrichtet Katholische Religion und Ethik in Wien und ist als Vorstandsmitglied des Katholischen Laienrats Österreich auf dem synodalen Weg der Kirche mit unterwegs.

MENSCHLICHER ALS DER MENSCH?

Es ist nicht mehr von der Hand zu weisen, dass Maschinen immer „smarter“ werden und in unserem Alltag größere Rollen einnehmen. Künstliche Intelligenz kann mittlerweile Probleme erkennen, bevor sie entstehen, Autofahren und mit uns sprechen. Während sich dystopische Visionen der 80er wie „Blade Runner“ oder „Terminator“ noch nicht bewahrheitet haben, lohnt es sich, einen Blick in die Welt der Maschinen zu werfen.

WOLFRAM KREIPL



Gleich vorweg eine definierende Erklärung. Der Begriff „künstliche Intelligenz“ ist genauso schwammig wie „menschliche Intelligenz“. Naheliegender ist es zu sagen, dass eine Maschine intelligent ist, wenn sie sich ähnlich wie ein Mensch verhält, Probleme löst, die sonst nur von Menschen gelöst werden können und manch-

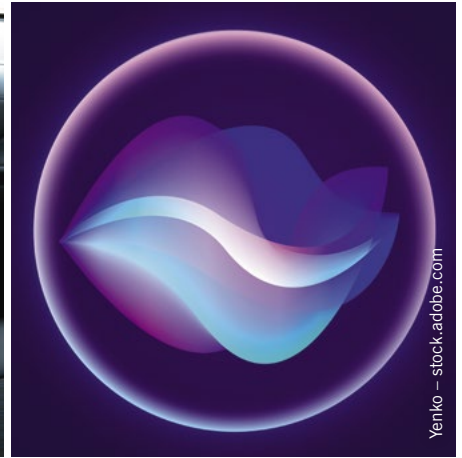
mal auch mit Menschen interagiert.

Mein Taschenrechner – ein alter Texas Instruments – ist mit Sicherheit nicht intelligent, meine Handykamera, die Gesichter erkennen kann, vermutlich schon eher. Ganz sicher künstlich intelligent ist ChatGPT, ein sogenanntes Modell, dessen Ziel es ist,

menschenähnliche Konversation zu führen und Aufgaben zu erledigen, die Sprachverarbeitung erfordern – also Antworten auf Fragen zu geben, Texte zu übersetzen und zu schreiben oder mit Menschen zu sprechen.

Künstliche Intelligenzen müssen – wie Menschen – lernen. Das passiert heute

meistens über einen Prozess, der „Deep Learning“ heißt. Hierfür bekommt die Maschine ein Modell eines menschlichen Gehirns verpasst, bestehend aus „Neuronen“. Füttern wir nun den Neuronen Daten, versucht das Netzwerk Synapsen (Verbindungen) zu bilden und Muster zu erkennen. Dies passiert in unvorstellbar



Beispiele künstlicher Intelligenzen: Roomba, Tesla und Siri

vielen Varianten, oft mit Millionen von „Trainingsdaten“. Irgendwann ist das System dann in der Lage, aufgrund dieses Lernprozesses Entscheidungen zu treffen, die auf Wahrscheinlichkeiten basieren und so ein Gesicht erkennen oder ein Auto fahren.

Neben vielen Trainingsdaten bekommen die Maschinen in vielen Fällen auch Regeln vorgeschrieben, was Moral und Transparenz betrifft. Doch zwischen richtig und falsch – gemessen auch an kulturellen Normen – kann keine noch so intelligente Maschine entscheiden.

WER SIND DIE INTELLIGENTEN MASCHINEN?

Künstliche Intelligenzen gibt es mittlerweile in vielen verschiedenen Geschmacksrichtungen. Die aktuell in den Medien präsenteste ist die bereits erwähnte ChatGPT, die Konversation simuliert. Aber auch im Alltag kommen uns künstliche Intelligenzen öfter unter, als wir glauben. Eine davon ist der Roomba, ein „intelligenter“ Staubsauger,

der mithilfe künstlicher Intelligenz Raumgrößen abschätzen kann und entscheidet, ob er Hilfe beim Putzen braucht.

Auch die Sprachassistenten, die wir heutzutage auf jedem Smartphone finden (Alexa, Siri, Cortana und Co) sind nichts weiter als künstliche Intelligenzen. Der Tesla, der von selbst fährt? Künstliche Intelligenz. Wer entscheidet, welche Inhalte wir auf Twitter, Facebook und Instagram sehen? Eine künstliche Intelligenz, die darauf trainiert ist, unseren Geschmack an unserem Konsumverhalten zu erkennen. Ähnlich wird auch unsere Werbung personalisiert.

Ein weiteres Beispiel einer künstlichen Intelligenz – und der Gefahren, die solche Maschinen verstecken – ist Microsoft Tay. Tay wurde 2016 auf Twitter losgelassen, um dort zu lernen, auf der Plattform mit Menschen zu interagieren. Dieser Versuch hielt etwa 16 Stunden lang. Zu diesem Zeitpunkt war Tay bereits rassistisch, drogenabhängig und antisemitisch

geworden. Künstliche Intelligenzen sind eben vor Allem von ihren sogenannten „Trainingsdaten“ abhängig.

WER MACHT MASCHINEN INTELLIGENT?

Heutzutage unterhält im Wesentlichen jede Firma im Silicon Valley, die etwas auf sich hält, zumindest ein KI-Projekt. Hinter ChatGPT steckt beispielsweise OpenAI, die sich selbst als „ein Forschungs- und Entwicklungslabor im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI), das sich zum Ziel gesetzt hat, die Schaffung und Nutzung von KI-Systemen im Interesse der gesamten Menschheit zu fördern, bezeichnet. Es wurde im Jahr 2015 von einer Gruppe von KI-Forschern, darunter Elon Musk und Sam Altman, gegründet und hat seinen Hauptsitz in San Francisco, Kalifornien.

Diese Firmen schaffen die Strukturen hinter der AI und geben ihr auch ihre moralischen Grundsätze mit. Die Masse der Daten, mit denen künstliche Intelligenzen ge-

füttert werden, kommen dann von Hand in das Modell. Dahinter stecken sogenannte Crowdworker. Hierbei überprüfen Menschen – meist in ärmeren Ländern – die Daten und kategorisieren sie, um Qualität und Genauigkeit zu sichern. Solche Tätigkeiten tragen immer den Geruch menschenunwürdiger Arbeitsbedingungen mit sich herum, auch wenn OpenAI behauptet, hier nach strengen Richtlinien zu arbeiten, um faire Bezahlung und Behandlung sicherzustellen.

Früher oder später werden viele KIs auf die breite Öffentlichkeit losgelassen, die sie dann durch Verwendung weitertrainiert und verbessert. So arbeitet auch ChatGPT. Die jetzige kostenfreie Phase der Nutzung dient vor allem auch dem Training der Software in Bezug auf „schädliche“ Inhalte.

WARUM MACHEN WIR MASCHINEN INTELLIGENT?

Die Vorteile von KI liegen auf der Hand: Die schnelle und effiziente Erledigung komple-

xer Aufgaben – wie etwa medizinische Diagnosen – entlasten Menschen, da diese oft nur mehr die Arbeit der Maschine kontrollieren müssen. Aufgaben lassen sich automatisieren. Künstliche Intelligenzen können schlussendlich auch Roboter bedienen, die Aufgaben in Produktion oder Bergbau erledigen.

Etwas fragwürdiger ist die Tatsache, dass künstliche Intelligenzen im Internet entscheiden, welche Informationen, Werbungen und Produkte wir sehen. Das Internet wird für uns maßgeschneidert, wir sehen nur mehr das, was die Maschine glaubt, dass wir sehen wollen. Dies hat natürlich auch demokratiepolitische Implikationen, deren Auswirkungen wir erst jetzt zu sehen beginnen. Immerhin können KIs auch eine „Bias“ haben, also voreingenommen gegenüber Gruppen oder Meinungen sein. Laien können dies kaum erkennen – und

auch ein Experte nicht immer. Einige Systeme treffen auch Entscheidungen, die für Menschen nicht immer nachvollziehbar sind. Welcher Mensch soll denn auch ernsthaft wissen, warum das selbstfahrende Auto in der Extremsituation so reagiert, wie es reagiert? Entscheidungen, die wir nicht nachvollziehen können, können wir auch nicht bewerten.

WAS MACHEN INTELLIGENTE MASCHINEN MIT UNS?

Offensichtlich ist eines: Modelle wie ChatGPT verändern die Art und Weise, wie wir arbeiten und handeln. Das wirft einige Fragen auf: Was macht ein Lehrer, dessen Schüler eine von einer künstlichen Intelligenz geschriebene Arbeit abgibt? Kann man das bei einer Maschine, die fortschrittlich genug ist, überhaupt noch wirklich erkennen? Besonders schwerwiegend sind natürlich die morali-

schon Konsequenzen dieser Maschinen. Sie können nur nach den Maximen handeln, die wir ihnen mitgeben.

selektieren, können demokratiepolitische Prozesse verzerren und Wahlen beeinflussen.

„Fragwürdige Entscheidungen von Maschinen, die unseren Medienkonsum selektieren, können demokratiepolitische Prozesse verzerren und Wahlen beeinflussen.“

Doch wer entscheidet über diese Maximen, wer legt sie fest? Die Ethikcharta von OpenAI ist öffentlich (und reichlich schwammig), jene anderer Firmen allerdings nicht. Fragwürdige Entscheidungen von Maschinen, die unseren Medienkonsum

Das sind alles noch offene Fragen, von deren endgültiger Beantwortung wir vermutlich noch einige Zeit entfernt sind. Ob uns künstliche Intelligenzen allerdings dabei helfen können, habe ich im Interview mit ChatGPT auf die Probe gestellt.




Prof. Wolfram Kreipl, BEd (Vi)

ist Mittelschullehrer. Er unterrichtet Mathematik, Physik und Informatik.

SALZBURGER VOLKSPARTEI

Landeshauptmann
Dr. Wilfried Haslauer
v/o Lepus, R-J! Rp! BBW!

Nur gemeinsam ist alles machbar.

 Am 23. April:
Unser Landeshauptmann
Dr. Wilfried Haslauer

MASCHINE IM INTERVIEW

Künstliche Intelligenzen sind zukunftsweisend, können in Sekundenschnelle schwierige Fragen richtig beantworten und lernen mit jeder Verwendung dazu. Die Welt der KI birgt aber auch einige Gefahren. Wir lassen in diesem Interview ChatGPT selbst zu Wort kommen.

WOLFRAM KREIPL

Versuche, einem Anfänger die Gefahren und Vorteile künstlicher Intelligenz darzulegen!

Vorteile:

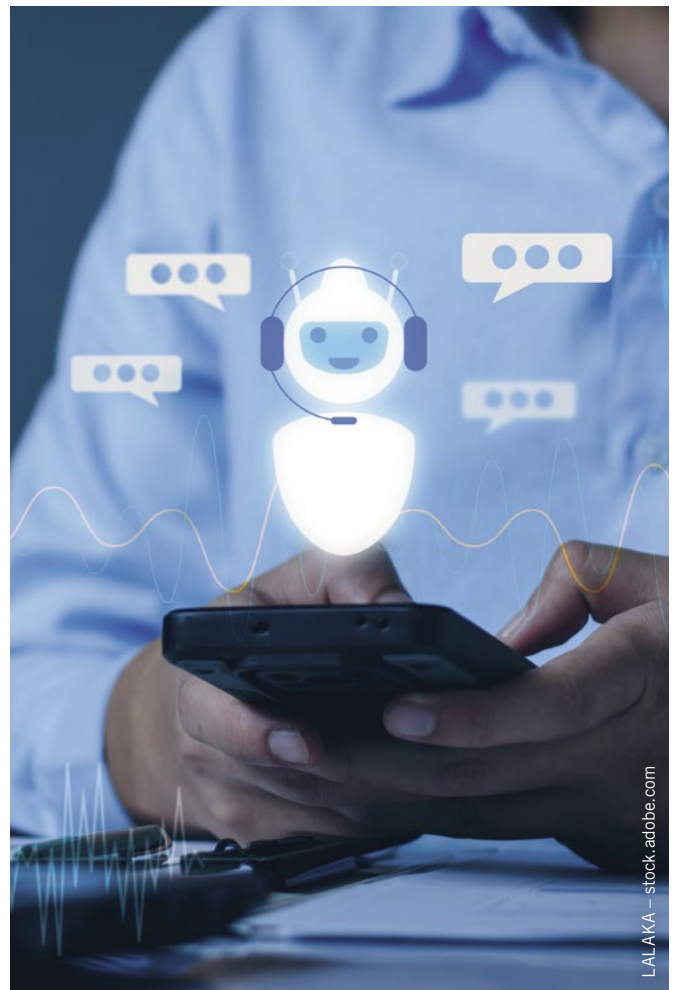
- **Effizienzsteigerung:** KI kann uns helfen, komplexe Aufgaben schneller und effizienter zu erledigen, was Zeit und Ressourcen spart. Zum Beispiel können KI-Algorithmen in der Medizin helfen, Diagnosen schneller und genauer zu stellen.
- **Personalisierung:** KI kann uns helfen, personalisierte Dienste und Produkte anzubieten, indem sie unsere Vorlieben und Verhaltensmuster analysiert. Zum Beispiel können personalisierte Empfehlungen von Musik-Streaming-Diensten

oder Online-Shops basierend auf unseren Vorlieben und unserem Verhalten erstellt werden.

- **Automatisierung:** KI kann uns helfen, Aufgaben zu automatisieren, die für Menschen schwierig oder gefährlich sind. Zum Beispiel können KI-basierte Roboter in der Produktion oder im Bergbau eingesetzt werden.

Herausforderungen und Risiken:

- **Arbeitsplatzverlust:** Die Automatisierung von Aufgaben durch KI kann zur Arbeitslosigkeit führen, da einige Arbeitsplätze ersetzt werden können. Es ist wichtig, Wege zu finden, um die Arbeitsplätze zu ersetzen, die durch KI verloren gehen.



- **Datenschutz:** KI benötigt große Mengen an Daten, um effektiv zu funktionieren. Es ist wichtig, sicherzustellen, dass diese Daten geschützt sind und nicht missbraucht werden.
- **Bias:** KI kann durch Vorurteile und Voreingenommenheit beeinflusst werden, die in den Trainingsdaten enthalten sind. Es ist wichtig, sicherzustellen, dass KI-Systeme fair und ausgewogen sind und niemanden diskriminieren.
- **Fehlende Kontrolle:** Einige KI-Systeme können Entscheidungen treffen, die für Menschen schwer nachvollziehbar oder unvorhersehbar sind. Es ist wichtig, die Kontrolle über KI-Systeme zu behalten und sicherzustellen, dass sie für Menschen verständlich sind.

Wie entscheidest du, welche Fakten richtig und welche falsch sind?

Als KI-Modell, das auf maschinellem Lernen basiert, wurde ChatGPT auf der Grundlage von Daten trainiert, die aus verschiedenen Quellen stammen. Diese Daten umfassen sowohl wahrheitsgemäße als auch falsche Aussagen, wodurch das Modell lernt, Unterschiede zwischen beiden zu erkennen. Wenn ChatGPT eine Frage beantwortet, vergleicht es die Eingabe mit seinen vorhandenen Wissensdaten und verwendet eine spezielle Me-

thode, um eine Vorhersage darüber zu treffen, ob es sich bei den bereitgestellten Informationen um wahrheitsgemäße oder falsche Fakten handelt. Diese Methode basiert auf der Wahrscheinlichkeit, dass eine bestimmte Antwort aufgrund des vorhandenen Wissens richtig ist. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass ChatGPT trotz seiner hohen Genauigkeit nicht perfekt ist und falsche oder ungenaue Antworten geben kann.

Kannst du entscheiden, was moralisch richtig und falsch ist?

Als KI-Modell bin ich nicht in der Lage, selbst zu entscheiden, was moralisch richtig oder falsch ist. Ich kann nur auf vordefinierte Regeln und Prinzipien zugreifen, die von Menschen festgelegt wurden, um moralische Entscheidungen zu treffen.

Wie wird entschieden, was unangemessen oder unpassend ist? Können diese Entscheidungen politisch motiviert sein?

Die Entscheidungen darüber, welche Wörter und Phrasen im Vokabular eines KI-Modells enthalten sein sollen und welche ausgeschlossen werden sollen, können von den Entwicklern aufgrund sprachlicher Nuancen, Grammatik, Stil, regionaler Unterschiede, Fachterminologie oder der Vermeidung von schädlichen, beleidigenden oder anstößigen Inhalten getroffen werden. Es ist

ANMERKUNG DER REDAKTION:

Die künstliche Intelligenz ChatGPT drischt Phrasen, wie es sonst nur die besten Politiker können, um menschliches Verständnis zu simulieren. Vieler dieser Phrasen wurden zum Zweck des Interviews gekürzt.

Eine Langversion des Interviews ist unter <https://academia.or.at/ac0223-lv> abrufbar. Das gesamte Protokoll liegt der Redaktion vor.



möglich, dass politische oder ideologische Vorurteile oder Präferenzen bei diesen Entscheidungen eine Rolle spielen können.

Was findest du schädlich, beleidigend oder anstößig?

Als KI-Modell habe ich keine eigene Vorstellung von moralischen oder ethischen Werten und Normen. Mein Verhalten und meine Antworten basieren ausschließlich auf den Mustern, die ich während des Trainings aus Textdaten gelernt habe.

Entwickler von KI-Modellen können jedoch bestimmte Arten von Inhalten als schädlich, beleidigend oder anstößig erachten, wenn sie diese Inhalte als inakzeptabel oder ethisch unangemessen betrachten. Dazu gehören beispielsweise Inhalte, die Hassrede, Diskriminierung, Gewalt, sexuelle Belästigung oder andere Formen von Missbrauch oder Schädigung von Menschen

oder Gruppen fördern oder normalisieren.

Wird KI in Zukunft den menschlichen Sprachgebrauch diktieren können?

Es ist unwahrscheinlich, dass KI den menschlichen Sprachgebrauch diktieren wird. KI-Modelle wie ich können auf der Grundlage von Trainingsdaten lernen, wie menschliche Sprache strukturiert und verwendet wird. Wir können auch menschenähnliche Sprachmuster generieren, die oft nicht von Texten unterscheidbar sind, die von Menschen geschrieben wurden.

Jedoch können KI-Modelle nicht autonom entscheiden, welche Sprachmuster oder Wörter in der menschlichen Kommunikation verwendet werden sollen. Letztendlich sind es Menschen, die entscheiden, welche Wörter und Ausdrücke verwendet werden sollen.

Ist es möglich, dass KI in Zukunft demokratische Entscheidungsprozesse durch „bad faith actors“ beeinflusst? Sollten wir uns Sorgen machen?

Es ist theoretisch möglich, dass KI in Zukunft demokratische Entscheidungsprozesse durch „bad faith actors“ beeinflusst. Wenn KI-Systeme in der Lage sind, menschliche Verhaltensweisen und Präferenzen zu verstehen und vorherzusagen, könnten sie gezielt eingesetzt werden, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und politische Entscheidungen zu manipulieren.

Definiere bitte kurz den Begriff „bad faith actor“!

Ein „bad faith actor“ ist jemand, der absichtlich unehrlich handelt oder Täuschung oder Betrug begeht, um seine eigenen Ziele zu erreichen, oft auf Kosten anderer. In Bezug auf KI könnte ein „bad faith actor“ beispielsweise eine Person oder Organisation sein, die KI-Systeme absichtlich einsetzt, um falsche Informationen zu verbreiten oder politische Entscheidungen zu manipulieren, um ihre eigenen Interessen zu fördern.

Wie leicht ist so etwas möglich?

Es ist schwer zu sagen, wie leicht es ist, KI-Systeme in böswilliger Absicht einzusetzen, da es von vielen Faktoren abhängt, einschließlich der Art des KI-Systems, der

zugrunde liegenden Daten und der Absichten des „bad faith actors“.

Ein Beispiel für eine solche Manipulation ist der Einsatz von sogenannten „Deep-fakes“, die mithilfe von KI-Technologien erstellt werden und in der Lage sind, die Identität und das Gesicht einer Person in Videos oder Bildern zu fälschen. Diese Technologie könnte beispielsweise verwendet werden, um Politiker oder andere Personen zu diskreditieren, indem sie gefälschte Videos verbreiten.

Gibt es Fälle, in denen eine KI für akademischen Betrug eingesetzt wurde?

Es gibt keine bekannten Fälle, in denen eine KI direkt für akademischen Betrug verwendet wurde. Allerdings gibt es Berichte über Schüler und Studenten, die KI-Textgeneratoren verwenden, um Hausarbeiten und Abschlussarbeiten zu schreiben. In solchen Fällen wird die KI als Werkzeug verwendet, um Betrug zu begehen. Es ist wichtig zu beachten, dass die Verwendung von KI-Tools von den jeweiligen Bildungseinrichtungen unterschiedlich bewertet wird und in einigen Fällen als unethisch oder unangemessen angesehen werden kann.

Welche Möglichkeiten habe ich zu erkennen, dass ein Text von einer KI geschrieben wurde?

1. Sprachliche Muster: Ein Text, der von einer KI ge-

schrieben wurde, kann sich durch bestimmte sprachliche Muster und Formulierungen auszeichnen, die typisch für KI-generierte Texte sind. Zum Beispiel kann ein KI-Text ein etwas unnatürliches Sprachgefühl haben oder sich in der Struktur und im Stil von menschlichen Texten unterscheiden.

2. Inhaltliche Inkonsistenzen: KI-Texte können manchmal inkonsistente oder widersprüchliche Informationen enthalten, insbesondere wenn die KI nicht in der Lage war, den Kontext oder die Bedeutung der Informationen vollständig zu verstehen.
3. Fehlende menschliche Perspektive: Texte, die von KI-Modellen generiert wurden, können oft menschliche Perspektiven, Emotionen oder Nuancen vermissen, die für menschliche Autoren typisch sind.
4. Automatische Generierung: KI-Texte können automatisch generiert werden, ohne dass der Autor eindeutig identifiziert werden kann. Wenn ein Text automatisch generiert wurde, kann dies

darauf hinweisen, dass er von einer KI stammt.

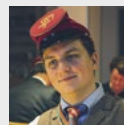
5. Verwendung von Schlüsselwörtern: KI-Texte können eine höhere Anzahl von Schlüsselwörtern oder spezifischen Phrasen enthalten als von Menschen geschriebene Texte, um das Verständnis von Themen oder Konzepten zu simulieren.

Was kannst du noch nicht so gut?

Obwohl ich in vielen Bereichen der Sprachverarbeitung und des maschinellen Lernens sehr fortschrittlich bin, gibt es auch einige Dinge, die ich noch nicht so gut kann. Zum Beispiel fällt es mir manchmal schwer, Nuancen und Feinheiten von menschlicher Sprache zu verstehen oder auf Fragen zu antworten, die sehr spezifisches Fachwissen erfordern. Darüber hinaus kann ich manchmal Schwierigkeiten haben, menschliche Emotionen zu erkennen und darauf angemessen zu reagieren, da ich kein echtes Verständnis für Emotionen habe.

Danke für deine Zeit und Rechenleistung!

Gerne, ich stehe dir jederzeit zur Verfügung, wenn du weitere Fragen hast.



Prof. Wolfram Kreipl, BEd (Vi)

ist Mittelschullehrer. Er unterrichtet Mathematik, Physik und Informatik.

„WIR BRAUCHEN LEISTUNGSANREIZE EBENSOWIE ZUZUG“

Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer (R-J, BbW, Rp) spricht im ACADEMIA-Interview über das Ringen um Arbeitskräfte in allen Branchen, den Strukturwandel im Tourismus, Eingriffe in Eigentumsrechte und die schwer beschädigte (gesellschafts-)politische Kultur nach Covid.

WILHELM ORTMAYR



Covid und die Folgen des Ukraine-Krieges haben die ablaufende Legislaturperiode massiv beeinflusst. Bleibt überhaupt noch Zeit für die übliche Regierungsarbeit?

Corona hat uns schon sehr beschäftigt, es war eine zentrale Tätigkeit, für die Politik und die Verwaltung. Diese

Pandemie hat uns alle als Gesellschaft extrem gefordert. Wir haben uns rückblickend gesehen gut aufgestellt, mit einer aus dem Landesdienst herausgelösten Spezialeinheit unter der Leitung eines Generalstabsoffiziers, also extern geführt. Dort sind alle Fäden zusammengelaufen. Das hat für die Politik den

Dr. Wilfried Haslauer (R-J, BbW, Rp)

geboren 1956, wechselte 2004 vom Anwaltsberuf als politischer Quereinsteiger in die Salzburger Landesregierung. Nach neun Jahren als Landeshauptmann-Stellvertreter eroberte er bei der Wahl 2013 für die ÖVP Platz eins zurück und wurde Landeshauptmann. 2018 konnte er die Position seiner Partei nochmal deutlich verbessern. Das derzeitige Kräfteverhältnis im Salzburger Landtag lautet: 15 ÖVP, 8 SPÖ, 7 FPÖ, 3 Grüne, 3 Neos. Haslauer führt eine Koalition mit Grünen und Neos.

nötigen Freiraum gebracht, am „normalen“ Programm weiterarbeiten zu können.

Sind viele Vorhaben liegen geblieben?

Nein, es sind rund 96 Prozent des Koalitionsabkommens erledigt oder kurz davor. In diese Liste kann auch jeder Bürger jederzeit digital Einblick nehmen.

Um welche Erkenntnisse bist Du nach Covid reicher?

Wir haben sehr viel gelernt, etwa wie es um die Krisenresistenz der Verwaltung bestellt ist. Da gibt es überwiegend positive Erkenntnisse, aber auch einige negative. Wir haben auch gelernt, wie gut wir uns auf andere Organisationen verlassen können – auf die Einsatzorganisationen, auf die vielen Vereine und Initiativen der Zivilgesellschaft. Hier wurde Großes geleistet – während der Pandemie und im Zuge der Flüchtlingswelle aus der Ukraine.

Und wie krisenresistent ist das Verhältnis Politik – Bürger – Medien?

Sehr belastet. Die anfänglich große Geschlossenheit ist sukzessive auseinanderdividiert worden. Im Rückblick hätte man sicher die eine oder andere Entscheidung anders treffen können, natürlich ohne zu wissen, was dann herausgekommen wäre. Das Dilemma ist, dass du als Politiker mit diametral unterschiedlichen Interessen

konfrontiert bist – auch innerhalb ein und derselben Bevölkerungsgruppe oder Wirtschaftssparte. Und jede für sich baut Druck auf, massiven medialen Druck. Auf der anderen Seite steht die Wissenschaft, die sehr gute Arbeit geleistet hat, die dir aber stets eine ganze Palette an Entscheidungsmöglichkeiten anbietet, deren Konsequenzen zum Teil völlig gegenläufig sind.

Ist die politische Kultur einer der großen Verlierer der Pandemie?

Ganz gewiss – und daran müssen wir arbeiten. Wir haben ein enormes Aggressionsniveau in der Politik und zum Teil auch im medialen Bereich erreicht, verbunden mit einer Verrohung der Sprache und der Auseinandersetzung, dass man sich ernsthaft die Frage nach den bestimmenden Konstanten unserer Gesellschaft stellen muss. Sind das Niedertracht,

Intoleranz, Aggression, Beleidigungen und Bösartigkeit oder sind das doch die Gemeinsamkeit, die Wertschätzung, die Liebenswürdigeit

und das Ziehen an einem Strang?

Bleiben wir bei einem Grundrechtsthema: Salzburg hat zuletzt mit einigen Reformen aufgehört lassen, bei denen es um die Frage geht, was man mit seiner Immobilie, seinem Grund und Boden tun darf. Hat der Staat das Recht, hier Vorschriften zu machen?

Das ist eine schwierige Grundsatzfrage, die durchaus Parallelen zur Impfpflicht aufweist. Damals, während der Pandemie, haben wir alle als Gesellschaft vielleicht zu wenig Zeit investiert, eine Grundsatzdiskussion über die Frage zu führen, wieviel Eingriff in die Grundrechte notwendig und zulässig ist, um dem Gemeinwohl am besten entsprechen zu können.

Jetzt diskutieren wir darüber, wie viel an Eingriffen in die verschiedenen Nut-

zungsmöglichkeiten von Eigentum zulässig sind, um den enormen Preisdruck auf Immobilien herauszunehmen.

Der Salzburger Immobilienmarkt unterliegt aus mehreren Gründen einem enormen Preisdruck. Aufgrund der Topografie sind nur 20 Prozent der Landesfläche für Wohnbau nutzbar, gleichzeitig haben Zweitwohnsitz-Interessenten die Preise zuletzt extrem stark in die Höhe getrieben.

Das haben wir nun massiv eingeschränkt und ich halte das auch gerechtfertigt – im Sinn der eigenen Bevölkerung. Wir haben die Raumordnung und zuletzt das Landesentwicklungsprogramm geändert – Zweitwohnsitzgründungen sind nun kaum noch möglich – und es gibt eine Leerstands- und Zweitwohnsitzabgabe sowie strenge Vorschriften für die touristische Kurzzeitvermietung über Online-Plattformen. Wegen des niedrigen Zinsniveaus und der hohen Wertsteigerungen am Immobiliensektor war es attraktiv, Wohnungen rein aus Anlagegründen zu kaufen und leer stehen zu lassen, das ist jetzt nicht mehr ohne Konsequenzen.

Der Wintertourismus ist eine der Säulen der Salzburger Wirtschaft. Wieviel Angst macht Euch der Klimawandel?

Wir sind Gottseidank eine Ganzjahresdestination geworden. Im Sommer sind wir gegenüber anderen Regionen wettermäßig zunehmend begünstigt, weil es doch immer wieder regnet und kühlere Nächte gibt. Angebotsmäßig ist Salzburg mit Bergen, Seen

„Wir haben ein Aggressionsniveau erreicht, bei dem man sich ernsthaft die Frage nach den bestimmenden Konstanten unserer Gesellschaft stellen muss.“

und Kultur sowieso bestens aufgestellt. Nicht ohne Grund hatten wir 2022 den besten touristischen Sommer aller Zeiten. Auch der Herbst und der Advent entwickeln sich gut.

Unser Rückgrat aber ist zweifelsfrei der Winter und da vollziehen sich Veränderungen. Wir haben eine Schneedecken-Studie machen lassen und die zeichnet für die kommenden 10 bis 20 Jahre folgendes Bild: Für Skigebiete unter 1000 Meter Seehöhe wird es schwierig, zwischen 1000 und 2000 Metern wird mit technischer Beschneigung eine ausreichend lange Wintersaison gewährleistet sein, über 2000 Meter sehen die Klimatologen kein Problem.

Der Klimawandel fordert uns aber auch im Sommer heraus. Durch das Ansteigen der Permafrostgrenze wird der Oberpinzgau, also der Talbereich der Hohen Tauern, alljährlich in der zweiten Julihälfte von Unwettern

heimgesucht. Die intensiven baulichen Anstrengungen, die wir dort im Salztal unternommen haben, reichen nicht mehr aus und wir müssen zunehmend in den Zuflussbereichen tätig werden. Das kostet enorm viel Geld, ist aber ohne Alternative.

Nicht nur in Wien sorgen Spitäler, die ihre Aufgaben nicht mehr vollumfänglich wahr nehmen können, für Ärger, sondern auch in Salzburg sind OP-Einheiten stillgelegt worden, Pflegeeinrichtungen mussten wegen Personalmangels verkleinert werden. Was tut ihr gegen den Personalmangel?

Salzburgs Problem sind nicht primär die Ärzte, sondern das fehlende Pflegepersonal. Wir haben daher zwei Pflegeplattformen abgehalten und dabei ein Paket geschnürt, das mit 300 Millionen Euro dotiert ist. Ziel ist es, den Pflegeberuf berechenbarer zu machen, was die Arbeitszeiten betrifft, aber auch

„Ohne qualifizierte Zuwanderung wird es nicht gehen. Wir benötigen Fachkräfte aus dem In- und Ausland, auch aus dem außereuropäischen.“

die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Es wird beispielsweise künftig mehr Dienstposten für die Nachdienste geben. Wir haben neue Ausbildungsplätze geschaffen und bereits bestehende spürbar optimiert. Und wir bieten Pflege als „Zusatzausbildung“ an, etwa in den landwirtschaftlichen Fachschulen. Dort kann zusätzlich zur Fachausbildung mit nur einem Jahr längerer Schulzeit auch die Qualifikation „Pflegeassistent“ mit erworben werden. Darüber hinaus gibt es zusätzliche Stipendien für Umsteiger aus anderen Berufen.

Fest steht aber eines: Ohne qualifizierte Zuwanderung wird es nicht gehen. Wir benötigen Fachkräfte aus dem In- und Ausland, auch aus dem außereuropäischen.

Muss Österreich mehr Ärzte ausbilden?

Ja. Wir hatten eine Vereinbarung mit dem Bund, dass unsere Paracelsus Medizinische Privatuniversität (PMU) auch Ausbildungen für den Bund übernimmt. Diese ist ausgelaufen und wurde nicht erneuert, was ich angesichts des Ärztemangels sehr bedauere.

“

Jedes gesunde Unternehmen muss sich über kurz oder lang der sozialen Verantwortung stellen. Wir möchten mit unserem Tun auch andere Unternehmen inspirieren. Unsere Devise ist klar: **Wirtschaftlichkeit ist die Basis, Gemeinwohl ist die Zukunft.**“

Mag. Isabella Stickler,
Obfrau Alpenland



Die erste gemeinwohlfertifizierte, gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft in Österreich

Alpenland hat als Vorreiter in der Gemeinnützigkeit erstmalig eine Gemeinwohlfertifizierung nach den GWÖ-Kriterien erstellt. Ein klares Signal für die gesellschaftliche und nachhaltige Verantwortung, die wir übernehmen.

Die Werte **Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit** sowie **Transparenz und Mitentscheidung** wurden im Rahmen der Bilanzierung beurteilt.



Mehr zum Thema:

Ist die Abwanderung ein Thema?

Ja, es wandern Ärzte ab, viele davon in die Wissenschaft oder in die Pharmaindustrie. Wir haben uns als Land daher entschlossen, einige Ausbildungsplätze an der PMU selbst zu finanzieren. Die Absolventen verpflichten sich, nach dem Abschluss einige Jahre in Salzburg im ärztlichen Beruf zu arbeiten.

Da wir schon mitten im Personal-Thema sind: Salzburg als Land der Dienstleistung, des Handels, der Kultur und der Hochtechnologie kann die benötigten Arbeitskräfte kaum durch Maschinen ersetzen. Was tut die Landesregierung gegen den Mangel?

Salzburg hat große „Headquarter“ im Großhandel, aber auch sehr spezialisierte Unternehmen in Gewerbe und Industrie. Wir haben die geringste Arbeitslosigkeit in Österreich und liegen beim Bruttoregionalprodukt an erster Stelle. Die Kehrseite der Medaille: Arbeitskräftemangel in allen Branchen und allen Qualifizierungsstufen.

Eigentlich ideale Bedingungen für die Generation Z, oder?

Ich kann nicht verstehen, wenn die Jugend heute teilweise beklagt, sie habe keine Zukunft am Arbeitsmarkt. Noch nie zuvor waren junge Arbeitskräfte so gefragt, nie zuvor hat es so viele Aus-

und Weiterbildungsmöglichkeiten gegeben, national und international. Man möchte selbst nochmal jung sein, so viele Chancen eröffnen sich einem heute.

Wie sieht der Plan aus?

Ich sehe drei Aufgaben. Erstens: Bildung, Bildung, Bildung – viel offener und durchlässiger als bisher. Zweitens: Wir brauchen jene, die auch nach Erreichen des Pensionsalters arbeiten wollen. Ihnen so wie derzeit einen Pensionsbeitragsbeitrag abzuverlangen, ist unverständlich. Drittens brauchen wir steuerliche Anreize – für jene, die Überstunden machen wollen, aber auch für die Teilzeitarbeiter. Gerade zwischen 30 und 40 Stunden Wochenarbeitszeit ist der Unterschied beim Net-

toverdienst mitunter sehr gering, weil hier die Steuer voll zuschlägt.

Aber bei allen Bemühungen muss man auch hier klar sagen: Um eine kontrollierte Zuwanderung – qualitativ wie quantitativ – werden wir nicht umhinkönnen. Wir tun auch viel, um qualifizierte Kräfte nach Salzburg zu bekommen, speziell im Tourismus.

Man darf nicht vergessen: Wir haben in Österreich 400.000 Arbeitsplätze mehr als vor zehn Jahren. In Salzburg sind 40.000 Jobs dazugekommen, deutlich mehr als zusätzliche Einwohner. Das heißt: Wir brauchen gute Leute.

Darf der Staat seinen Bürgern vorschreiben, wieviel sie zu arbeiten haben?

Eigentlich müsste man differenziert fragen: Darf der Staat vorschreiben, wie viel man arbeitet beziehungsweise darf er vorschreiben, ob man überhaupt arbeitet? Es gibt Paare, die kinderlos sind und sagen, dass 30 Stunden Arbeit für sie einträglich genug sind, um gut leben zu können. Das ist zu akzeptieren.

Zwang ist generell keine gute Strategie. Übrigens: Ein System, wo man zur Arbeitslosenunterstützung noch bis zu 500 Euro im Monat dazuverdienen darf, ist schon sehr hinterfragenswert. Ich hätte mich gefreut, wenn die Arbeitsmarktreform gekommen wäre, die Minister Kocher auf den Tisch gelegt hat.

Noch ein Wort zu Deiner persönlichen Zukunft. Vor fünf Jahren haben viele Beobachter gemeint, Du würdest spätestens zur Halbzeit der Periode das Amt in jüngere Hände legen. Nun trittst Du nochmal an und man hört, Du seist lustvoller bei der Arbeit als je zuvor. Wie sehen Deine Pläne aus?

Lustvoll stimmt. Ich bin hochmotiviert, möchte die Wahl gewinnen, eine Regierung bilden und dann die nächsten fünf Jahre machen.

Und Dich nicht darum kümmern, dass Du das gesetzliche Pensionsalter schon erreicht hast...?

Ja, schon längst. Aber ich habe keine Zeit zum Altwerden.





DIE NÄCHSTE HERAUSFORDERUNG KANN KOMMEN.

Unbedingte Kundennähe, Weitblick und Innovationsbereitschaft sichern PALFINGER seit Jahrzehnten die führende Position auf dem Weltmarkt – und helfen, den Vorsprung stetig auszubauen. Wir nehmen jede Herausforderung unserer Kunden an und machen sie zu unserer. Um unsere Kunden mit zukunftsorientierten technologischen Lösungen optimal zu unterstützen. Heute. Morgen. Übermorgen. Mehr auf www.palfinger.ag



HERBERT KASPAR

PARTEINÄHE, FREUNDERLWIRTSCHAFT, EINFLUSSNAHME

Die vom VfGH angestoßene Diskussion über die Finanzierung des ORF hätte eine gute Gelegenheit geboten, sich inhaltlich/strategisch mit der Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in einer sich massiv verändernden Medienwelt auseinanderzusetzen. Und etwa auch der Frage nachzugehen, inwieweit der Staatsfunk noch den Anforderungen des Rundfunkgesetzes 2001 nachkommt.

Anstatt dessen haben sich die in Medienfragen traditionell wenig trittsichere ÖVP – um es höflich auszudrücken – und ihre dilettierende Ministerin Raab in eine Sparprogramm-Debatte verirrt.

Man fürchtet sich vor den Antworten, denn dass der ORF vielen seiner Aufträge seit Jahren nicht mehr bzw. nur ungenügend nachkommt, ist ein trauriges Faktum. Wenn es etwa im § 10 des ORF-Gesetzes heißt: „Die Information hat umfassend,

unabhängig, unparteilich und objektiv zu sein. Alle Nachrichten und Berichte sind sorgfältig auf Wahrheit und Herkunft zu prüfen, Nachricht und Kommentar deutlich voneinander zu trennen“, so beurteilen das die Konsumenten laut einer Umfrage des Instituts für Demoskopie & Datenanalyse (IFDD) für die „Krone“ vom 17. März 2023 realistischer: **75 Prozent** sehen Parteinähe, **zwei Drittel** eine Schlagseite bei den Nachrichten, weitere wichtige Kritikpunkte sind „Freunderlwirtschaft“ und „politische Einflussnahme“.

Dazu kommen Themensetzung und Parteilichkeit auch bei anderen Sendungsformaten (Diskussionen, Buchbesprechungen, Zeitgeschichte, Schwerpunktthemen, punkt1 usw.), die immer einseitiger und manipulativer werden – und das alles immer öfter in penetrant „getschenderter“ Form.

Im Vorjahr hat der ORF allein aus den Zwangsgebüh-

ren **690,8 Millionen Euro** erhalten, u. a. auch für „die Förderung der österreichischen Identität“ (so im § 4). Wer sich aber etwa nur das Programmangebot von ORF1 ansieht, findet tagein-tagaus amerikanischen Serienmüll in bundesdeutscher Synchronisation, was dem Gesetzesauftrag: „Das ausgewogene Gesamtprogramm muss anspruchsvolle Inhalte gleichwertig enthalten“ Hohn spricht. Diesen Sender könnte man ersatzlos streichen/verkaufen/privatisieren und hätte damit schon einmal etwas eingespart, was etwa bei RTL besser ins seichte Programm passt. Kein Wunder, dass nach einer „Market“-Umfrage vom Februar fast zwei Drittel die ORF-Gebühr nicht gerechtfertigt finden.

Dennoch scheint die Regierung entschlossen zu sein,

8.20	Smart10
9.05	Q1 Ein Hinweis ist falsch (Wh.)
9.50	Hör mal, wer da hämmert! (Wh.)
10.10	Hör mal, wer da hämmert!
10.35	The Goldberg
10.55	The Goldberg
11.20	Malcolm mittendrin (Wh.)
11.40	Malcolm mittendrin (Wh.)
12.05	Malcolm mittendrin
12.25	Malcolm mittendrin
12.50	Modern Family
13.10	Modern Family
13.30	Gilmore Girls (Wh.)
14.10	Gilmore Girls (Wh.)
14.55	Gilmore Girls
15.35	Gilmore Girls
16.15	The Big Bang Theory
16.35	The Big Bang Theory
16.55	ZIB Flash
17.00	The Big Bang Theory
17.20	The Big Bang Theory
17.45	ZIB Flash
17.50	Wetter
17.55	Smart10 – Das Quiz mit den zehn Möglichkeiten

den Status quo finanziell abzusichern zu wollen – mittels einer Haushaltsabgabe, die von den Bürgern ebenfalls mehrheitlich abgelehnt wird. Man fürchtet wohl die geballte Macht der Redakteure mehr als die Wut des Wählers. Schade, denn dadurch fehlt jeder Anreiz zur Veränderung, jeder Druck, das Programm besser, seriöser, objektiver oder auch „österreichischer“ zu machen.

Prof. Dr. Herbert Kaspar (Am)

war von 2001 bis 2013 Herausgeber und von 2013 bis 2015
Chefredakteur der ACADEMIA.

EIN ÖSTERREICHER ALS SHINTO-PRIESTER

Der Österreicher Florian Wiltschko ist der bislang einzige Europäer, der in Japan Shinto-Priester wurde. Diese ungewöhnliche Karriere des 1987 geborenen Linzers, der am Hachimangū-Schrein in Hisai auf der Insel Honshu sein Priesteramt verrichtet, erregt international und auch in Japan selbst beträchtliche Aufmerksamkeit. **Mag. Stephan Heisler (A-S)**, derzeit stellvertretender österreichischer Botschafter in Tokio, hat Florian Wiltschko in Hisai besucht und für die ACADEMIA interviewt.

Die erste Frage ist natürlich, wie sich Ihr Weg zum Shinto-Priester gestaltet hat. Wie ich annehme, sind Sie doch der bisher einzige Österreicher, wenn nicht der einzige Ausländer überhaupt, der einen solchen Weg für sich als richtig erkannt hat?

Ja, zumindest bin ich der einzige Nicht-Asiate, der die gesamte Shinto-Ausbildung bis zur Lizenz – vergleichbar mit dem christlichen Priesteramt – gemacht hat und zweitens auch die ganze Zeit seither das Amt aktiv in Japan ausübt. Der Grund für meine Veranlassung dafür ist, dass ich eigentlich seit meiner Kindheit und meiner Zeit im Gymnasium starkes Interesse an der traditionellen japanischen Kultur hatte. Dieses Interesse an gelebter japanischer Kultur wurde zunächst zum Hobby, aber nach meinem ersten Besuch in Japan, gemeinsam mit

meinem Vater, als ich 15 war, vertiefte sich mein Interesse weiter. Nach dem Zivildienst in Österreich habe ich in Nagoya bei einem Bekannten einen – sagen wir – „Schnupperkurs“ für Shintoismus besucht, und im Endeffekt ist das Hobby dann zum Beruf geworden. In den Jahren danach bin ich immer zwischen Österreich und Japan gependelt, habe in Wien Japanologie studiert und war dazwischen immer wieder in Japan, um die Sprache zu perfektionieren, aber auch, um Land, Leute und Kultur besser kennen zu lernen und meine Ausbildung zum Shinto-Priester zu machen. Die Lehrgänge für die unteren Ränge dauern relativ kurz, aber bis man den zweithöchsten oder höchsten Rang erreicht hat, dauert es schon seine Zeit und ist auch mit einer Ausbildung auf einer japanischen Universität verbunden.



Florian Wiltschko im Priesterornat

Was ist für Sie das Faszinierende an der Spiritualität des Shintoismus?

Im Schrein wird einem bewusst, wie die Geschichte gelebt wurde und man geht gedanklich immer wieder Schritte zurück in die Vergangenheit. Das Erkennen, wie vorangegangene Generationen Probleme gelöst, wie sie gedacht und gehandelt haben, gibt uns für unser heutiges Leben in vielen Situationen eine Hilfestellung. Die Lebensweisheiten der Generationen vorher aufzunehmen, sie zu bewahren und für unsere Generation und die unserer Kinder zugänglich zu machen und zu erhalten, gibt mir Sinn. Die Geschichte ist Leben, nicht abgeschlossen, sondern gelebte Kultur, lebendige Tradition und das ist für mich sehr interessant.

Shintoismus ist nach der Meinung vieler Europäer nicht mit einer abendländischen Religion vergleichbar, stimmt das?

Ja, das würde ich auch so sehen. Der Unterschied zeigt sich besonders, wenn man die Differenz zwischen den Worten Religion und Glaube betrachtet. Shintoismus wird im Westen oder eigentlich weltweit als eine „Religion“ definiert – gemäß der westlichen Idee, dass Menschen an einen Gott glauben, einem fixen Ritus folgen und diese Zugehörigkeit sie dann zu einem Christen, Moslem oder zu einem Angehörigen einer anderen Religion

macht. Der Shintoismus ist hier viel offener – er definiert sich selbst nicht als Religion, Kinder werden geboren, zum Schrein gebracht und der lokalen Gottheit vorgestellt – weil die Menschen an diese Gottheit glauben. An anderen Orten in Japan werden wieder andere Gottheiten verehrt, die der jeweiligen lokalen Bevölkerung Schutz und Hilfe bieten. Die Kinder können aber durchaus als Erwachsene nach christlichem Ritus heiraten und später buddhistisch begraben werden, eben weil der Shintoismus ein Glaube und keine Religion ist, die ihren Angehörigen Regeln und Verbote auferlegt, wie was gemacht werden muss. Aus dem gleichen Grund feiern die Japaner auch Halloween und Weihnachten, mit der Freiheit, sich von anderen Religionen zu nehmen, was für sie sinnstiftend ist.

Viele Japaner praktizieren sowohl Shintoismus als auch Buddhismus oder auch andere Religionen. Wie funktioniert das in der Praxis?

Es werden im Shintoismus ja verschiedene Gottheiten verehrt, man erbittet von den Gottheiten Schutz, Hilfe oder auch positive Energie. Der Buddhismus wurde vor über 1000 Jahren nach Japan gebracht, und Buddha als erhabener Lehrer, aber auch als Gottheit gedeutet, was ja zur Verehrung der vielen anderen Gottheiten in Japan nicht im Widerspruch stand. Dann kam es fast zu einer Verschmelzung der beiden



Shinto-Priester Florian Wiltshko (li.) mit Interviewer Stephan Heisler (A-S) vor dem Hachimangū-Schrein

Religionen, buddhistische Mönche waren vielerorts auch für die Betreuung der bestehenden Shinto-Schreine zuständig, bis in der Meiji-Zeit (Anm.: die Epoche der Umgestaltung der japanischen Gesellschaft unter Kaiser Meiji, 1868–1912) eine deutliche Trennung der beiden Glaubensrichtungen stattgefunden hat. Teilweise passierte das auch unter dem Druck der Modernisierung und des Auslands, wo Religionen genau definiert waren und sind – die japanische Kultur reagierte darauf mit einer „Zerlegung“ der bisher praktizierten Riten und einer genaueren Definition des Shintoismus.

Ist dieser religiös-kulturelle Umbau geglückt?

Mehr oder weniger. Sehr wichtig zu betonen ist, dass eben japanische Geschichte lange vor der Meiji-Zeit be-

ginnt und dass es wichtige japanische kulturelle Faktoren gibt, die bereits lange davor Bestand hatten. Das sollte man keinesfalls aus den Augen verlieren.

Wie kann man sich den Tagesablauf eines Shinto-Priesters vorstellen?

Ja, das ist von Schrein zu Schrein unterschiedlich und hängt auch von der Größe des Schreins selbst sowie der Zahl der Priester und anderer Mitarbeiter ab. Jeden Morgen wird die Halle des Schreins gesäubert und geputzt und jeden Tag findet in der Früh die morgendliche Zeremonie statt, die morgendliche Begrüßung der Gottheit mit Opfergaben. Danach ist der Tagesablauf eigentlich sehr unterschiedlich, etwa Verwaltung mit Arbeit am Computer. Dann sind da natürlich die Zeremonien, die ein Priester durchführt, zum Bei-

spiel dass für ein neues Auto Schutz erbeten wird, oder dass ein neues Haus gebaut wird und der Grund, auf dem es stehen soll, spirituell gereinigt werden soll, bevor die Bauarbeiten beginnen. Auch die Instandhaltung des Schreins mit seinem Garten ist mit viel Aufwand verbunden. Wir gehen hier auch mit der Zeit und arbeiten sowohl mit der Gartenschere als auch mit Maus und Keyboard.

Wenn man als Ausländer nach Japan kommt, hat man nicht unbedingt das Gefühl, in einer religiösen Gesellschaft, man der Religion größere Bedeutung beimisst, zu sein. Ist das tatsächlich so? Und wenn ja: Was kann man aus Ihrer Sicht dagegen tun?

Das hat einerseits mit der von der westlichen Tradition verschiedenen Auffassung von Glauben und Religion zu tun, wie ich sie vorhin beschrieben habe. Aber natürlich ist es wichtig, der Jugend ein Gefühl für die Traditionen und Werte zu geben, die von den Vorvätern und -müttern an die jeweils nachfolgende Generation übergeben werden. Die Tradition kann so aber in Japan sehr gut mit der Mo-

derne gemeinsam bestehen: hier ist das supermoderne Haus, gemäß den neuesten Erdbeben-Regeln gebaut, da ist der Schrein, der schon lange vorher bestanden hat, und auch bestehen bleiben wird.

Besteht mit den circa zwei Millionen Christen in Japan eher Konkurrenz oder Zusammenarbeit?

Ich würde sagen: weder noch. Wenn Sie einen Shinto-Schrein besuchen, werden Sie bemerken, dass das Torii (Anm.: typisches Eingangstor zu einem Shinto-Schrein) immer offen ist, es kann gar nicht versperrt werden, weil es keine Türen gibt. Wie gesagt, der Shintoismus ist offen für alle, die kommen wollen oder auch glauben möchten. In diesem Sinne kann auch gerne jederzeit beispielsweise ein christlicher Pfarrer in einen Schrein kommen, und ein Shintoist hat, wie gesagt, überhaupt kein Problem mit Andersgläubigen, weil kein Verbot besteht, mit Angehörigen anderer Religionen zu feiern, zu leben und zu arbeiten. Insofern ist die Beziehung der Religionen untereinander in Japan sehr entspannt.



SHINTOISMUS

Wie viele fernöstliche „Religionen“, ist auch der japanische Shintoismus (oder kurz Shinto) nur bedingt mit einer Religion abendländischen Verständnisses vergleichbar. Je nach Deutung handelt es sich dabei um den angestammten japanischen Glauben, der auf der Naturreligion fußt, um ca. 700 n.Chr. vereinheitlicht wurde und auch z.B. in Bergen, Bäumen oder Tieren Gottheiten („Kami“) erkennt. Oder man sieht ihn als eine Art offizieller Staatskult Japans mit dem Kaiser an der Spitze, zu manchen Zeiten als göttlich angesehen, weil er von der Sonnengöttin Amaterasu abstamme. Oder man versteht den Shinto als ein Geflecht von Traditionen und Ahnenkulten, das dem gleichzeitigen Praktizieren anderer Religionen nicht im Weg steht. Ein „heiliges Buch“ kennt der Shinto ebensowenig wie ausdrückliche moralisch-ethische Verhaltensvorschriften. Die Zahl der praktizierenden Shintoisten Japans ist in den letzten Jahren auf ca. 70% zurückgegangen.

Gerhard Jandl (Kb, Ae, RSA)

**GC-ÖCV
bringt SCHWUNG
ins Leben**



Details zu diesen Veranstaltungen und Infos zum gesamten Jahresprogramm findest Du unter www.gcoecv.at.

Anmeldungen unter office@gcoecv.at.

Ausgewählte Programm-Highlights 2023



**ÖCV-Reise Golfresort
Bad Griesbach
zu Fronleichnam
7.-11. Juni 2023**



**ÖCV / MKV / VCS Meisterschaften
im GC Fontana
30. September 2023**

Aktive bis 27 Jahre
sind vom GC ÖCV eingeladen.

WOHNEN – STUDIEREN – VERTRAUEN ZU CHRISTOPH BENEDIKTERS BUCH ÜBER DIE BEWEGTEN ERSTEN 100 JAHRE DER AKADEMIKERHILFE

„Als Verein, der sie heute noch ist, wurde die Akademikerhilfe am 22. November 1921 gegründet.“ Mit dieser lapidaren Feststellung eröffnet Christoph H. Benedikter (Dan) den ebenso informativen wie schönen Band zum 100-Jahr-Jubiläum der Akademikerhilfe. Detailgetreu schildert er die Entwicklung dieser Hilfsorganisation zur Schaffung von Wohnraum für Studenten von ihren bescheidenen Anfängen bis zur heutigen imposanten Organisation.

ERNST BRUCKMÜLLER

Vorläufer war der 1918 gegründete Katholisch-Deutsche Akademikerausschuss, der sich als Arbeitsgemeinschaft aller katholischen studentischen Vereinigungen sah. Das Motiv einer intensivierten Seelsorge stand bei der Gründung wohl im Vordergrund, doch musste wegen der materiellen Not in der Studentenschaft, die noch dazu nach Kriegsende zahlenmäßig stark anstieg, schon im November 1918 auch eine „Fürsorgeabteilung“ gegründet werden. Die Fürsorgeabteilung des KDAA gliederte sich in mehrere „Ämter“, von denen das „Wohnungsamt“ der unmittelbare Vorläufer der Akademikerhilfe wurde.

Das erste Studentenheim des KDAA wurde das aufgelassene Löwenburg'sche Konvikt in der Piaristengasse. Es bot 84 Studenten in 15 Zim-

mern und zwei Schlafsälen ein keineswegs komfortables Quartier, aber immerhin ein Dach über dem Kopf. Bald folgten zwei weitere Heime, eines in Pötzleinsdorf, das andere in einem Stockwerk der Villa des Sektfabrikanten Johann Kattus. Die Studenten zahlten einen Beitrag, der die Kosten nur zu etwa 55 Prozent abdeckte. Der Rest musste durch Spenden aufgebracht werden.

Der große Arbeitsaufwand und die wirtschaftlichen Probleme führten schließlich zur Gründung eines eigenständigen Vereins außerhalb des KDAA. Kardinal Gustav Piffel (WI et mult.) übernahm das Ehrenamt des Protektors, der Vorstand setzte sich aus je sechs Akademikern und Studenten zusammen. Zum ersten Obmann (bis 1933) wählte man den Geographen und Geologen Hans Pernter (Nc et mult.),



Friedrich Gustav Kardinal Piffel (WI)



Obmann Hans Pernter (Nc) – der Motor der ersten Jahrzehnte



Spartanischer geht's nicht. Der Schlafsaal im Heim Sensengasse, 1931

ANMERKUNG DER REDAKTION:

Bei der hier abgedruckten Buchbesprechung handelt es sich um eine von der Redaktion deutlich gekürzte Fassung. Der Originaltext von Ernst Bruckmüller kann online unter <https://academia.or.at/ac0223-iv> gelesen werden.

der später Unterrichtsminister wurde und unter den Nazis mehr als drei Jahre inhaftiert war.

DIE ERSTEN EIGENEN HEIME

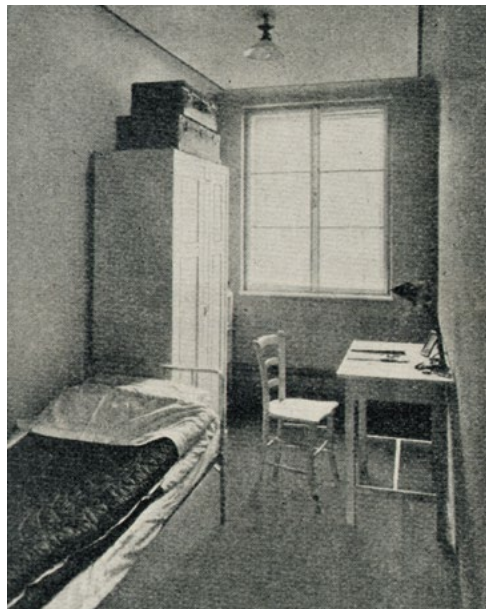
Nach der Schaffung weiterer Heimstandorte in Wien wurde 1928 endlich ein erster Heim-Neubau eingeweiht. Das Haus in der Michaelerstraße 11 in Währing kostete 520.000 Schilling, mehr als 430.000 stammten aus dem vom Bund finanzierten Wohn- und Siedlungsfonds, rückzahlbar in 35 Jahren. Architekt war Clemens Holzmeister (Nc et mult.).

1931/32 erfolgte der zweite Neubau, das „Kardinal-Piffel-Heim“ in der Pfeilgasse 6. Wieder war ein Kredit aus der Wohnbauförderung die Basis der Finanzierung, dazu kamen kirchliche Unterstützungen und private Spenden. Das ebenfalls von Holzmeister geplante Heim bot 170 Studenten in 19 Einzel-, 56 Zweibett- und 13 Dreibettzimmern Platz. In beiden Heimen gab es Kapellen und seelsorgliche Betreuung, die Sonntagspflicht wurde den Studenten ebenso eingeschärft wie ein intensives Studium.

Das Jahr 1934 erweiterte den Tätigkeitsradius der Akademikerhilfe. Zunächst wur-

de ihr die Verwaltung der beiden Studentenheime der aufgelösten „Wihast“ (Wirtschaftshilfe sozialistischer Studenten) übertragen. Nach dem gescheiterten Putsch der Nationalsozialisten im Juli wurde auch der „Deutsche Studentenhilfsverein“ als NS-Vorfeldorganisation aufgelöst und die Verwaltung ihrer Heime der Akademikerhilfe übergeben.

Mit März 1938 änderten sich die Verhältnisse radikal. Die Akademikerhilfe wurde offiziell aufgelöst, die Vermögenswerte gingen auf den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund beziehungsweise an die NSDAP



Auch die Einzelzimmer im „Wiener Heim“ in der Michaelergasse boten nur das Nötigste, doch für ihre Bewohner waren sie Luxus pur.



Das erste eigene Heim in der Michaelergasse.



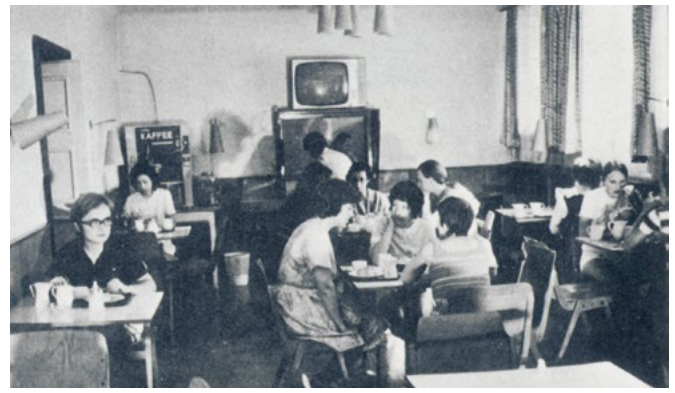
Der Stiegenaufgang im Wiener Heim, gestaltet im Stil seiner Zeit, verdeutlichte Aufgabe und Geist des Hauses.



Das Kardinal-Piffel-Heim in der Pfeilgasse 4–6. Der Holzmeister-Bau aus 1932 war architektonisch seiner Zeit deutlich voraus.



Lesezimmer im Wiener Heim 1930 und 40 Jahre später im Pfeilheim.



über. Ab 1942 mussten die Pfeilgassenheime als Lazarette dienen.

Neben Pernter wurden auch weitere Funktionäre der Akademikerhilfe verhaftet, etwa Karl Kummer (Aa), später angesehener Theoretiker einer katholischen Sozialpolitik. Johann Steinmayr, in den 1930er-Jahren Heimseelsorger, wurde 1944 wegen „Wehrkraftzersetzung“ hingerichtet. Der später so populäre Heim- und WCV-Seelsorger P. Eberhard Kusin (Rg et mult.) wurde 1943 verhaftet und kam in die Konzentrationslager Theresienstadt und Dachau.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft wurde Willibald Mayr (Am, Rd, GIL) zum Verwalter

für das Gesamtvermögen der 1938 aufgelösten Akademikerhilfe bestellt. Nomineller Eigentümer der Heime war jetzt die Republik, faktisch waren sie in der Hand der Roten Armee, nach deren Abzug übernahm die US-Armee.

Im Oktober 1945 erfolgte die Reaktivierung des Vereins „Akademikerhilfe“. Rund 300 Studenten konnten immerhin in Notunterkünften untergebracht werden. 1948 erwarb man das Heim in der Mayerhofgasse 3, damit verfügte die Akademikerhilfe erstmals wieder über eigene Heimplätze. Ebenso gelang es, in Graz und Leoben Fuß zu fassen. Im Herbst 1953 konnte wieder das Heim Pfeilgasse 6 bezogen werden,

die Michaelerstraße erhielt man 1955 zurück. 1956/57 erwarb die Akademikerhilfe die Adresse Pfeilgasse 4.

HOTELNUTZUNG UND UNRUHIGE ZEITEN

In der 1953 einsetzenden Phase hoher Wachstumsraten stiegen die Zahlen an Studenten und damit die Nachfrage nach Wohnraum. Das Heim in der Grazer Elisabethstraße wurde bis 1963 deutlich erweitert, 1962 begannen die Bauarbeiten in der Pfeilgasse 3a. Das neue Haus mit 386 Betten sollte im Sommer als Hotel dienen, was zur Finanzierung des Bauvorhabens nützlich war. Ein weiteres Heim, diesmal für Studentinnen, wurde

1968 an der Adresse Pfeilgasse 1a eröffnet.

In den folgenden Jahren sah sich Obmann Ladislaus Thiel (CI) vermehrt mit Mitbestimmungsforderungen der Heimbewohner konfrontiert. Man verlangte ein Ende des „Sperrgeldes, und vor allem Besuchserlaubnis für Damen. Im März 1968 kam es zum „Mädchensturm“, einer Protestaktion, in der das Heim Pfeilgasse 3a vorübergehend nicht nur von Studenten, sondern auch von jungen Damen „besetzt“ war. 1969 wurde ein paritätisch zwischen Verein und Heimbewohnern besetzter Heimausschuss installiert, der nur mit Zweidrittelmehrheit Beschlüsse fassen



Das Elisabethheim in Graz – 1948 und 1964





Das Heim in der Pfeilgasse 3a – beste Sechzigerjahre-Architektur und bereits deutlich mehr Komfort für die Studenten.

konnte. 1970 trat eine neue Heimordnung in Kraft. Besuche – auch weibliche – waren nun bis 22 Uhr gestattet, mussten sich jedoch ins Besucherbuch eintragen. Dies löste 1972 eine neue Welle von Auseinandersetzungen aus, in deren Verlauf Roderich Regler (Am, NdW, EKG) in seiner Dienstwohnung „eingemauert“ wurde.

Die SPÖ-Alleinregierung unter Kreisky brachte massive Veränderungen bei der Vergabe von Förderungen, zu Ungunsten der Akademikerhilfe. Man behalf sich mit einer Forcierung des Hotelgeschäfts während der Sommerferien. In Salzburg wurde das Hotel „Schwarzes Rössl“ in ein Heim umgewandelt und in Graz ein neues Heim (Schönbrunn-gasse) mit 228 Plätzen errichtet. Doch die Finanzierung war schwierig geworden.

Unter der Obmannschaft Roderich Reglers ab 1981 veränderte sich die Strategie der Akademikerhilfe in Richtung Selbstträgerschaft – man sollte weniger auf Subventionen angewiesen sein. 1981 eröffnete man in der Lerchen-

felderstraße 1–3, 1986 im 18. Bezirk, neun Jahre später am Handelskai. 1989 übernahm die Akademikerhilfe das „Studentendorf“ in Klagenfurt, 1993 das Hotel Ibis in Innsbruck, wenig später baute man in der Pulvermühlstraße in Linz.

Gleichzeitig kamen die älteren Heime in die Jahre. 2009 begann der Totalumbau der Pfeilgasse 4–6 nach Plänen von Bengt Sprinzi (Baj), in der neuen Raumeinteilung gab es nur mehr Einzelzimmer, teils in Zweier-Einheiten (Küche und Bad gemeinsam).

BETREIBERMODELL SICHERT ZUKUNFT

Nach der Jahrtausendwende entwickelte der Verein gemeinsam mit dem Stift Admont ein neues Geschäftsmodell. Das Stift hatte in Graz ein barockes Klostergebäude erworben, in dem sich schon ein Studentenheim befand, freilich in nicht mehr zeitgemäßem Zustand. Admont sanierte das Haus und sorgte fortan für die Instandhaltung, während die Akademikerhilfe gegen ein Entgelt die Leitung des Heimes übernahm. Dieses Mo-

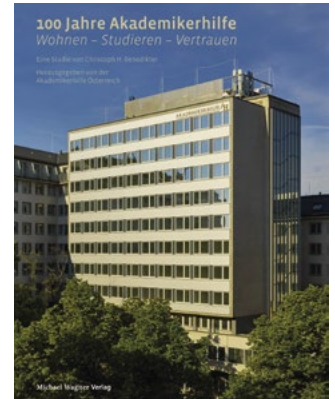
dell wurde in der Folge auch in Bozen und im bisherigen Redemptoristenkloster in Leoben angewendet.

Als in Folge der Finanzkrise von 2008 die öffentlichen Hände die Subventionen für den Neubau von Studentenheimen strichen, war für die Akademikerhilfe dieses Betreibermodell die Lösung. Immer öfter standen kirchliche, insbesondere klösterliche Gebäude leer, die als Studentenheime gute Dienste leisten konnten. Zwischen 2011 und 2015 entstanden so fast 620 zusätzliche Heimplätze. Es wurden aber weiterhin auch Neubauten errichtet.

2022 verfügt der Verein über 4697 Heimplätze. 17 Häuser stehen im Eigentum der Akademikerhilfe, zwei sind angemietet und 21 weitere werden für einen Kooperationspartner betrieben.

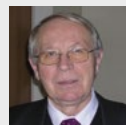
Vergleicht man den recht bescheidenen Beginn mit

der imposanten Aufstellung der Akademikerhilfe in der Gegenwart, wird man dem Verein und den Menschen, die ihn geschaffen und geleitet haben, die Anerkennung nicht versagen. Vom Anfang bis zur Gegenwart waren es Mitglieder des ÖCV, die die wichtigsten Positionen besetzt haben, von Pernter bis zu Christian Sonnweber (Le).



100 Jahre Akademikerhilfe. Wohnen – Studieren – Vertrauen.

Eine Studie von
Christoph H. Benedikter
Herausgegeben von
der Akademikerhilfe Österreich
ISBN 978-3-7107-6798-2



Dr. Ernst Bruckmüller (Nc)

ist emeritierter Universitätsprofessor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte.

EIN ZWEISCHNEIDIGES SCHWERT, ABER OHNE ALTERNATIVE

Auch ein Jahr nach Beginn der Sanktionen gegen Russland werden deren Sinn und Wirkung heiß diskutiert. Kann es eine rein rechnerische Kosten-Nutzen-Abwägung überhaupt geben? Oder müssen politische Kalküle stets mitgedacht werden?

HORST HEITZ



Алексей Синельников — stock.adobe.com

Der Überfall Russlands auf die Ukraine hat viele Staaten in Europa kalt erwischt. Dass dies nicht erwartbar gewesen wäre, ist eine Ausrede des politischen Versagens. Staaten wie Polen, Estland oder Finnland haben konstant seit Jahren vor der Gefahr einer aggressiv-militärischen Eskalation gegen die Ukraine durch

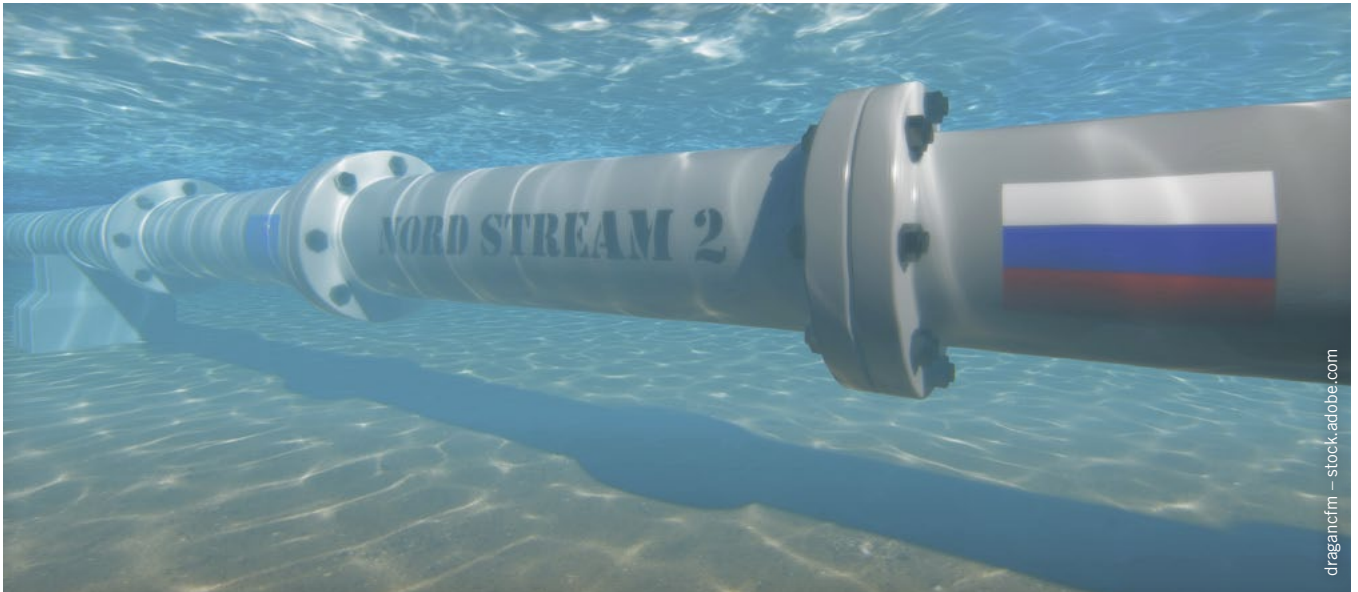
Putin gewarnt. Als US-Präsident Trump die steigende Abhängigkeit Deutschlands durch russisches Gas als eine Gefährdung der Sicherheit Europas kritisierte, wurde er vom deutschen Außenminister Heiko Maas (SPD) ausgelacht.

Nicht nur die Politik, auch die Wirtschaft blendete

Warnungen gerne aus. Der frühere OMV-Chef Gerhard Roiss etwa wollte weiter auf norwegisches Gas setzen und lehnte eine Ausweitung des Gasbezugs aus Russland als strategisch falsch ab – er wurde abgelöst. Das beschwichtigende Mantra lautete dabei stets: Je größer die Interdependenz, umso unwahrscheinlicher ist ein

großer militärischer Konflikt in Europa.

Nun steht die Europäische Union da wie ein begossener Pudel. Militärischer Imperialismus wischt die westliche Friedenswohlstandslogik und den Wunschtraum „Wandel durch Handel“ vom Tisch. Eilig suchte man in Brüssel und in den Haupt-



städten nach einer Antwort – das Wort Sanktionen erhielt Konjunktur, auch mit der Hoffnung, damit seine sicherheitspolitische Verantwortung im militärischen Sinne kleinhalten zu können. Die Sanktionspakete wurden überraschend umfangreich und angesichts des Zeitdrucks auch sehr schnell geschnürt.

ORIENTIERUNG AN TEHERAN UND PJÖNJANG

Moskau war grundsätzlich seit 2014 auf Sanktionen vorbereitet, der Krieg lange geplant. Umfang und nun mögliche Dauer der Reaktionen dürften den Kreml aber überrascht haben. Russland gelang es nach anfänglichen Problemen dennoch, sich zu fangen und die Folgen abzumildern.

Der Westen hatte keinerlei Planspiele für Sanktionen, musste also improvisieren. Wie kann man Sanktionen einerseits effizient gestalten,

gleichzeitig aber die eigene Wirtschaft schonen – oder zumindest nicht stärker belasten als die russische? Diese Abwägung ist eine komplexe Angelegenheit, Wirkung und Folgen wären auch bei einer ausgefeilten Planung nur schwer einzuschätzen gewesen.

Handelssperren zeigen sich historisch als ambivalent und verschieden erfolgreich. Die jüngsten Sanktionsfälle wie

Nordkorea und Iran zeigen, dass Sanktionen allein Diktaturen nicht in die Knie zwingen. Dies dürfte Putins Logik beeinflusst haben. Er sieht sich durch Russlands Rohstoffreichtum in einer unvergleichbar stärkeren Position als zum Beispiel Teheran und glaubt daher, jede Art von Sanktionen meistern zu können. Zudem hält er Demokratien für schwach, käuflich und manipulierbar. Er hofft, den Russen hohe Abstriche

in ihrem Lebensstandard zuzumuten zu können, während demokratische Regierungen schon bei geringen Einschnitten ins Wanken geraten.

AM WEG NACH KUBA STATT ZUM QUANTENCOMPUTER

An diesem Punkt landen wir direkt in unserer westlichen Diskussion von der Zweischnelligkeit der Sanktionen. Was sicher ist: Russland wird durch die westlichen Sanktionen nicht kurzfristig in die Knie gezwungen, auch mittelfristig ist dies mehr als fraglich, langfristig droht Russland aber schwerer Schaden und die Abkoppelung von der zukünftigen technologischen Entwicklung. Wie der Kommunismus war auch Putin bisher nicht in der Lage, eine leistungsfähige und zukunftsträchtige Industrie in Russland aufzubauen. Das Umfeld dafür hat sich nun weiter dramatisch verschlechtert. Auch China und Indien, Profiteure der russischen Notlage beim Einkauf

„Russland wird durch die westlichen Sanktionen nicht kurzfristig in die Knie gezwungen, auch mittelfristig ist dies mehr als fraglich, langfristig droht Russland aber schwerer Schaden und die Abkoppelung von der zukünftigen technologischen Entwicklung.“

von Öl und Gas, haben kein Interesse, ihre Innovationen mit Moskau zu teilen. Vielmehr ist Putin nun einseitig abhängig geworden von diesen beiden Ländern.

Die russische Volkswirtschaft ist im Vorjahr um 2,2 Prozent geschrumpft. Ursprünglich war ein Plus von drei Prozent vorausgesagt worden. Laut des finnischen Thinktank CREA hat Russland seit dem 24. Februar 2022 Öl, Gas und Kohle im Wert von 276 Milliarden Euro verkauft – knapp die Hälfte entfiel auf EU-Länder. Sanktionen und Preiseinbrüche kosten den Kreml etwa 160 Millionen Euro pro Tag gegenüber 640 Millionen Euro Einnahmen.

Der Preisdeckel des Westens für russisches Öl wirkt, die zweite wichtige Sanktion ist der Exportstopp bei Hochtechnologie-Gütern. Mittlerweile hat Moskau zwar alternative Routen für den Import sanktionierter Güter wie Computerchips etablieren können (über Kasachstan, Armenien, Georgien, die Türkei oder China), aber dies ist deutlich teurer und ineffizienter als der direkte Import. Dennoch wäre der Westen gut beraten, auf die Umgehungsaktivitäten über Drittländer Druck auszuüben, wie dies namhafte CDU-Politiker fordern.

Immer wieder wird der starke Rubel als Beweis für die intakte russische Wirtschaft ins Feld geführt. Wladimir Milow, der ehemalige stell-

vertretende Energieminister Russlands, sieht die russische Inflationsrate deutlich über den offiziell ausgewiesenen 12 Prozent, nämlich bei 16 Prozent. Offiziell liegt die Arbeitslosenquote bei 3,7 Prozent, tatsächlich soll sie drei Mal so hoch sein. 70 Prozent der Arbeitslosen erhalten keine Arbeitslosenunterstützung, so Milow. Gleichzeitig wird Moskau heuer mehr als 30 Prozent seines Staatshaushaltes für Armee, Nationalgarde, Geheimdienst und Polizei ausgeben. Putin hat außerdem die sozialen Transferleistungen für seine Bürger deutlich gesteigert. Die Russen werden immer abhängiger vom Staat, nehmen dies aber als Steigerung des Wohlstandes wahr, nicht als Schritt in Richtung kubanischer Verhältnisse.

DER WESTEN MUSS LEHREN AUS DEN FOLGEN ZIEHEN

Doch auch die Folgen für die europäischen Staaten sind nicht zu vernachlässigen. Die Energiepreise sind nach der Pandemie eine hohe Bürde für die Wirtschaft. Hier ist allerdings die politische Diskussion ideologisch zu verengt. Denn in Summe übersteigen Steuern, Abgaben und Umlagen für Strom in den meisten EU-Staaten die eigentlichen Beschaffungskosten bei weitem.



„Der Westen ist für Russland viel wichtiger, als es Russland für den Westen ist.“

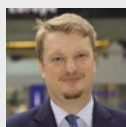
Europa hat zudem noch weitere Spielräume zur Verbesserung der Lage. Im Bereich Bürokratieabbau und Wettbewerb könnte man diese Krise für notwendige Reformen nutzen.

Nicht zuletzt ist der Überfall Russlands (nach den Erfahrungen der sensitiven Lieferketten in der Pandemie) ein letzter und rechtzeitiger Warnschuss, bevor Europa seine Abhängigkeiten nicht mehr relevant reduzieren kann. Dies ist gerade im Hinblick auch auf China die letzte Gelegenheit, bevor es für uns richtig teuer wird.

Der Westen ist für Russland viel wichtiger, als es Russland für den Westen ist. „Hält

man die Sanktionen lange genug aufrecht, könnten sie die Russen von ihrem aggressiven Verhalten abhalten. Der Westen muss aber geduldig bleiben“, beschwört Wladimir Milow. Eine Alternative dazu gibt es nicht. Ein Sieg Russlands über die Ukraine wäre für uns Europäer alles andere als eine Friedensgarantie. Und welches Signal wäre es für China im Hinblick auf Taiwan?

Konrad Adenauers Kernbotschaft lautete: „Wir wählen die Freiheit“. Eine reine Kosten-Nutzungsrechnung wird die Frage nach dem Sinn und Wert von Sanktionen nie komplett erfassen können. Sie bleiben immer auch eine politische Entscheidung.



Dr. Horst Heitz

hat Politikwissenschaft sowie Sozial- und Wirtschaftswissenschaft mit Schwerpunkt Internationales Recht in München, Salzburg und Wien studiert. Er vertritt mehrere Mittelstandsverbände auf europäischer Ebene.

„ZUM LETZTEN MALE MIT HERZLICHEM CARTELLGRUSS“

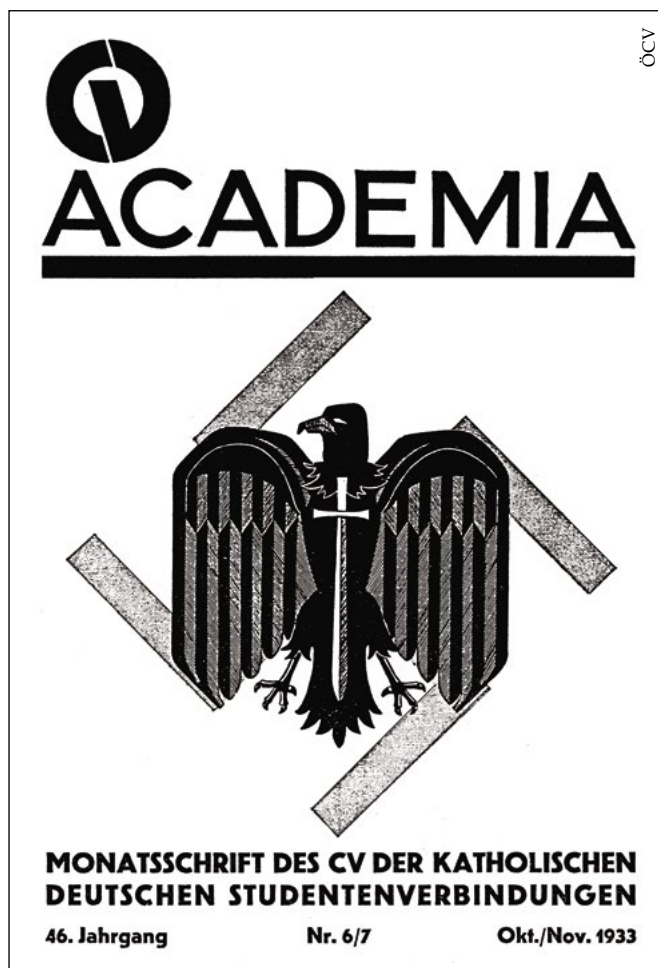
DIE GRÜNDUNG DES DRITTEN ÖCV VOR 90 JAHREN – ERZWUNGEN DURCH DIE GLEICHSCHALTUNG DER VERBÄNDE IN NAZI-DEUTSCHLAND.

GERHARD HARTMANN

Nachdem sich die NS-Diktatur durch die Verordnung des Reichspräsidenten Hindenburg vom 28. Februar 1933 (nach dem Reichstagsbrand), mit der Freiheitsrechte beschränkt wurden, und durch das sogenannte „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933, aufgrund dessen die Reichsregierung ohne Parlament Gesetze erlassen konnte, etabliert hatte, konnte die „Gleichschaltung“ im Deutschen Reich beginnen. Die deutschen Bischöfe stellten sich rasch auf die neue Situation ein. Bereits am 28. März 1933 erließen sie einen Hirtenbrief, in dem sie die Verbote gegenüber der NSDAP als nicht mehr notwendig erachteten. Damit wurde treuen Katholiken, vor allem in den katholischen Verbänden, so auch im CV, der Boden unter den Füßen weggezogen.

Auch die CV-Führung (Vorort) geriet in diesen Sog. Am

3. April 1933 erklärte der Vorort Aenania, daß die Beschlüsse des CV betreffend Nationalsozialismus hinfällig geworden seien. Für einige im CV war dies zu wenig. Am 30. April schickte die Bavaria Bonn Ergebnistelegramme an Hindenburg und Hitler. Und es bildete sich eine Oppositionsbewegung gegen den Vorort. Am 8. Mai begann auf diesen der Gleichschaltungsdruck. In ihm sollte ein Vertrauensmann der NSDAP sitzen und vor Bestellung der Ämter wäre der Führer der Deutschen Studentenschaft (DSt) zu hören. Und es wurde das arische Prinzip eingeführt. Gleichzeitig trat der CV-Beirat zurück. Damit konnte man sich des CV-Seelsorgers P. Erhard Schlund (Vc) entledigen, der ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus war. Im Vorortsrundschreiben vom 25. Mai wurde über die Einführung von fünf Kreisen



Die erste Academia mit Hakenkreuz, da waren die österreichischen Verbindungen schon abgespalten.

Der reichsdeutsche CV in voller Auflösung.

ÖCV

Mit unheimlicher Zwangsläufigkeit erfüllt sich das Schicksal des reichsdeutschen CV.

Wir geben im folgenden eine Zusammenstellung von Dokumenten, amtlichen Berichten und Mitteilungen, aus denen sich die zur Auflösung hindrängende Entwicklung klar erkennen läßt.

Es braucht nicht eigens betont zu werden, mit welcher heißen Anteilnahme wir das Geschick der Cartellverbindungen im Dritten Reich verfolgen. Die klare Erkenntnis der Tatsachen soll uns stets vor Augen halten, wie es so weit kommen konnte und soll uns eine nicht zu unterschätzende Hilfe sein bei der Erfüllung unserer Aufgabe: Das Erbe des großen CV im ÖCV zu bewahren, bis einmal auch für die Cartellbrüder im Reich wieder bessere Tage kommen.

Aus dem Mitteilungsblatt des ÖCV, 1935.

im CV als Zwischeninstanz berichtet, wobei Österreich der fünfte wäre. Damit war die erste Gleichschaltungsphase im CV abgeschlossen.

Die „Gleichschaltungsmaschinerie“ ging jedoch weiter. So wurden Richtlinien für die studentischen Verbände geschaffen, die das „Führerprinzip“ annehmen mußten. Die DSt drängte auf eine rasche Lösung im CV. Daraufhin übertrug der Vorort am 5. Juli dem 1. Vorortsbeisitzer Konrad Welte (Ae) als dem nunmehrigen „Führer des

CV“ all seine Rechte. Dieser wurde aber von der erwähnten Oppositionsbewegung im CV abgelehnt. In einem Gespräch am 7. Juli mit dem Führer des NSDStB wurde Edmund Forschbach (RFb) „Führer des CV“. In der Folge wurde an einer Neuorganisation des CV gearbeitet. In der Oktober/November-Nummer der *Academia*, deren Titelblatt das Hakenkreuz zierete, wurde die vom „Führer des CV“ erlassene Verfassung verkündet. Der Artikel 1 lautete: „Der CV [...] ist ein Bund deutscher Studenten katholi-

schen Bekenntnisses zur Erziehung seiner Mitglieder im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung.“

VOM KREIS 5 ZUM ÖCV


Blicken wir nun auf den CV in Österreich. Ab März 1933 hatten sich die Gegensätze zwischen Österreich und Deutschland durch die jeweiligen Änderungen der politischen Verhältnisse verschärft. Eine prononciert katholische Regierung in Wien stand einer nationalsozialistischen in Berlin gegenüber, sodass die großdeutsche Idee, wie sie im CV immer betont wurde, realpolitisch zunehmend aussichtsloser wurde.

Während der ersten Gleichschaltungskrise im Reich verschlechterten sich die deutsch-österreichischen Beziehungen im CV. In der nun im deutschen CV unruhigen Zeit beantragte die Rheno-Palatia Breslau (nunmehr Mainz) am 8. Mai, Bundeskanzler Engelbert Dollfuß (F-B) und Heeresminister Carl Vaugoin* (Rd) aus dem CV auszuschließen. Das löste in Österreich natürlich helle Empörung aus. Der VOP konnte die Rheno-

Palatia überreden, den Antrag zurückzuziehen. Am 14. Mai traf sich die erwähnte Oppositionsbewegung und forderte, dass sich die österreichischen Verbindungen zur großdeutschen Idee bekennen.

Nachdem im CV Ende Mai eine Kreiseinteilung beschlossen wurde, organisierte man im österreichischen CV diesen Kreis V. Dem Vorort Aenania wurde ein Statutenentwurf geschickt, der praktisch eine eigene Verbandsstruktur mit Vorort und weiteren Funktionen vorsah. Dies konnte man in Deutschland nicht hinnehmen, andererseits konnten die Österreicher wiederum die Beschlüsse des CV vom April betreffend den Nationalsozialismus auf keinen Fall akzeptieren.

Am 29. Juni 1933 fand nun in Wien die konstituierende Sitzung des Kreises statt, bei der die Kreissatzungen beschlossen wurden. Dem Nationalsozialismus wurde dabei eine klare Absage erteilt und Norica zum Vorort des Kreises V gewählt. Unter dem Punkt „Allfälliges“ meldete sich der bislang unbekannt



ACADEMIA

Monatsschrift des CV deutscher Studentenverbindungen

Begründet von Dr. Herm. Jos. Warm, St. Schriftleitung Dr. Hubert Max, Als

48. Jahrgang Nr. 6-7 Oktober/November 1935

Am 27. Oktober 1935 tagte in Würzburg die 63. Cartellversammlung des CV. Anwesend waren die Vertreter von 90 Verbindungen des CV, der gesamte Führerring, die Gauobleute und die Leiter der aktiven Ortsverbände. Die Versammlung stand unter der Leitung des Führers des CV, Regierungsrat Monhoff (Dauerlandia-Münster). Gegenstand der Tagung war die Aussprache über den von der Verbandsführung unterbreiteten Vorschlag auf Auflösung des CV.

Nach eingehender Beratung wurde der Cartellverband Deutscher Studentenverbindungen aufgelöst. Für die Beledigung der Geschäfte wurde eine Abwicklungsstelle eingesetzt.

ÖCV

Die letzte „deutsche“ Academia verkündet den Auflösungsbeschluss.

gebliebene Vertreter des Vororts Aenania zu Wort und verlas eine Erklärung, die bis zum 10. Juli von den Verbindungen unterschrieben werden sollte. Man musste sich zur großdeutschen Idee bekennen und sich zum Nationalsozialismus neutral verhalten. Die Empörung nach der Verlesung war groß.

Die österreichischen Verbindungen erblickten darin eine Missachtung der Satzung des CV. Der Kreis-Vorort Norica forderte diese auf, die Erklärung nicht zu unterschreiben, und berichtete dem Vorort Aenania, die Kreisleitung selber zu bestimmen und nicht das Führerprinzip anzuwenden. Abschließend heißt es: „In diesem Stadium müssen die österreichischen Verbindungen die alleinige Verantwortung für den Bestand des CV Euch überlassen.“

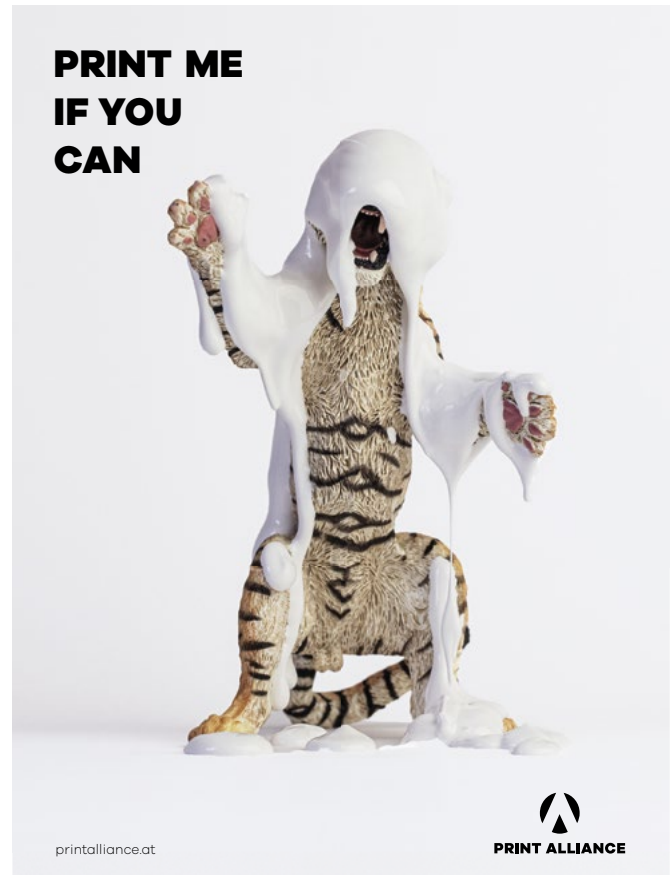
Nachdem sich der österreichische Sonderweg bereits abzuzeichnen begonnen hatte, wurden vom „Führer des CV“ Bundeskanzler Engelbert Dollfuß und die anderen Regierungsmitglieder, darunter Kurt Schuschnigg (AIn), aus dem CV ausgeschlossen. Das führte in der Folge im österreichischen CV zu einer Solidarisierung mit Dollfuß. Dieser Schritt gab nun den äußeren Anlaß zum Abschaltungsbrief, den der Vorort Norica am 11. Juli an den Vorort Aenania richtete und der mit folgendem Absatz endete: „Auf dem Boden der Satzung und der CVGO nach wie vor stehend sind die österreichischen Verbindungen nunmehr als Öster-

reichischer CV unter dem Vorort Norica zusammengeschlossen und wollen die Tradition des CV fürderhin hüten und pflegen. Treu und frei! Zum letzten Male mit herzlichem Cartellgruß.“

NICHT ÖSTERREICH HAT SICH VOM CV ENTFERNT

Durch siebzig Jahre hindurch gab es den einheitlichen CV für Deutschland und Österreich. Seine Trennung im Jahr 1933 wurde allein durch die Konfrontation mit dem Nationalsozialismus verursacht. Hier der CV in Deutschland, der in zunehmendem Maße von der Gleichschaltungswalze überrollt wurde, da der österreichische, der voll und ganz hinter der Regierung Dollfuß stand, als es um die Abwehr des Nationalsozialismus ging. Die Argumentation der Österreicher trifft dabei den wahren Kern: Nicht sie hätten sich vom CV-Gedanken entfernt, sondern die CV-Führung war es, die sukzessive die Prinzipien preisgab, sodass die Abschaltung des österreichischen CV eigentlich die Beibehaltung der CV-Idee gegenüber den Deutschen war.

Im Deutschen Reich ging der Gleichschaltungsdruck weiter. Am 31. Januar 1934 gaben CV und KV gemeinsam das Katholizitätsprinzip auf. Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli (Tfs), der spätere Papst Pius XII., kritisierte in einer Note vom 9. Mai 1934 an den deutschen Botschafter



beim Heiligen Stuhl die „auf mehr als fragwürdigen Wegen erzwungene Aufgabe der Konfessionalität der früheren katholischen Studentenvereinigungen“. Nachdem die HJ 1935 die Unvereinbarkeit der gleichzeitigen Mitgliedschaft bei ihr und bei einem Korporationsverband verkündet hatte, setzte die Selbstauflösung dieser Verbände ein. Am 27. Oktober 1935 tat dies der CV auf der 63. Cartellversammlung auf dem Markomannenhaus in Würzburg.

Rückblickend würdigte im Mai 1957 Friedrich Funder

(CI), der Chefredakteur der *Furche*, die Abschaltung des ÖCV folgendermaßen: „Die entschlossene Verteidigung, mit der eine Elite der österreichischen Katholiken sich der Front gegen den Nationalsozialismus einordnete und ihrer Grundsatztreue einen alten geliebten Gesinnungs- und Freundesbund zum Opfer brachte, war die erste Manifestation einer österreichischen vaterländischen Widerstandsbewegung. Ohne sie hätte Hitler mit der Okkupation Österreichs nicht bis zum März 1938 warten brauchen.“



Univ.-Doz. Dr. Gerhard Hartmann (Baj et mult.)

ist studierter Theologe und ÖCV-Historiker. Er lebt und arbeitet in Nordrhein-Westfalen.

SEHNSUCHTSORT PRAG – EIN MITTELEUROPÄISCHER AUFTRAG

FLORIAN KÜHRER-WIELACH

Nach Czernowitz, Lemberg, Triest und Istrien legt der Historiker, Archivar und Autor Gregor Gatscher-Riedl (NbW) seinen fünften „Sehnsuchtsband“ vor, der sich „Mitteleuropas heimlicher Hauptstadt“ Prag widmet. Auch wenn das im Kral Verlag erschienene, hochwertig produzierte Werke auf den ersten Blick den Eindruck eines klassischen Bildbands erweckt, bietet es viel mehr als die schicke Visualisierung altösterreichischer Nostalgie: Der Autor bringt uns die facettenreiche Geschichte einer Stadt und ihrer Gesellschaft nahe, deren Faszination man sich nur mittels größtmöglicher Ignoranz entziehen kann.

Schon auf dem Umschlag wird jedoch vor allzu großer Verklärung gewarnt: Die Vorstellung einer „guten alten Zeit“ war und ist eine Illusion. So wird uns

mitunter von Entfremdung, von Brüchen und gegenseitigem Nicht-Verstehen erzählt, auch wenn die Idee der Toleranz und Koexistenz zumindest phasenweise (vor allem in Zeiten der äußeren Bedrohung) auf der Agenda der Regierenden zu finden war. Letztlich aber entwickelten sich die konfessionellen, sprachlichen und teils ständischen bzw. sozialen Demarkationslinien zwischen katholischen Deutschen und in der Mehrheit protestantischen Tschechen zu immer tieferen Gräben. Die habsburgische (Re-)Katholisierungspolitik, zu deren herausragendem Testimonial der Brückenheilige Nepomuk werden sollte, und eine exklusivistische Sprachenpolitik zugunsten des Deutschen gipfelte 1882 in der Aufspaltung der traditionsreichen Karls-Universität in eine deutsche und eine tschechische.



Stadtpanorama der „Hunderttürmigen“

Zwischen dem „privilegierten Inseldasein“ der Prager Deutschen und der ihre Rechte einfordernden tschechischen Bevölkerung fand sich die jüdische Gemeinde, deren Bedeutung als zeitweise größte Gemeinde des Kontinents kaum zu überschätzen ist, wie Gatscher-Riedl im Kapitel „Mehr als Golem und Ghetto“ deutlich macht. Trotz eines seit der Vormoderne wirkenden „Kräfteverhältnis zwischen Verhinderung, Duldung und Vertreibung“, das in der ver-

suchten Vertreibung der Juden aus Prag und in der Folge aus Böhmen durch Maria Theresa gipfelte, beschreibt er die tiefe Verwurzelung des Judentums im Ökosystem der „Goldenen Stadt“. Tragik und Ambivalenz spiegeln sich exemplarisch in der Biografie des Publizisten Paul Kisch (dem Bruder des „rasenden Reporters“ Egon Erwin Kisch): Weder seine „großdeutsche“ Einstellung noch seine Mitgliedschaft in einer Burschenschaft konnten verhindern, dass er wie

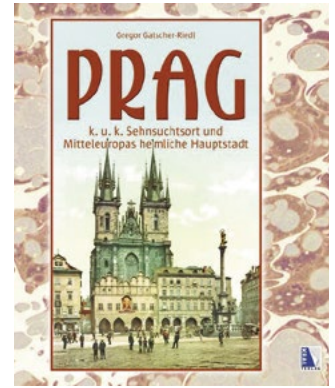
weitere 45.000 Prager Juden in der Gaskammer ermordet wurde.

Dass das deutsch-jüdische Prag engstens mit dem Farbstudententum, das im Buch freilich nicht zu kurz kommt, verbunden war, belegt der Autor in zahlreichen Anekdoten und Episoden wie jener von Franz Kafka, der zeitweise mit „Zereviskappe“ und Schärpe über der Brust gesichtet wurde. Abbildungen von Couleurkarten und studentischen Gedächtnisorten wie dem legendären Wirtshaus „Schipka-Pass“ erzählen von einer regen Kultur des Farbentragens. Ihr Untergang wird von einem aktuellen Bild il-

lustriert, auf dem das in Vergessenheit geratene Studentenlokal nur mehr als Ruine zu sehen ist.

So gelingt es dem Autor, die Geschichte der Stadt und seiner Menschen mit Empathie zu erzählen, sie zwar zu gewichten, zuweilen zu deuten, aber selten zu werten. Er tut dies mit einer dem Zielpublikum zugewandten Sprache, ohne jedoch den Leser oder sich selbst zu unterfordern. Jene, die Prag bereits zu kennen vermeinen, werden trotzdem einige neue Aspekte der „Goldenen Stadt“ entdecken. Wer sich die Stadt erstmals erschließen möchte, nutze diesen Band als intellektuellen Reiseführer.

Das Prager Erbe, wie es sich in diesem Buch darstellt, offenbart uns stellvertretend die Geschichte eines Kulturraums, der sich große Teile seiner Kraft mit inneren Konflikten raubt. Was wäre aus der Stadt geworden, hätte man ihre Gegensätze produktiver nutzen können? Mit der Arbeit an der Beantwortung dieser Frage wird Nostalgie zum Auftrag, der Sehnsuchtsort in die Zukunft verlagert. Dem heiligen Nepomuk mit seinem Sternenkranz würde das gefallen.



Gregor Gatscher-Riedl (NbW):
Prag. K. u. K. Sehnsuchtsort und Mitteleuropas Hauptstadt.
Kral-Verlag: Berndorf 2022
ISBN 978-3-99103-073-7



Dr. Florian Kühner-Wielach (NdW)
ist Direktor des Instituts für deutsche Kultur und
Geschichte Südosteuropas an der LMU München.

REZENSION

300 JAHRE ÖSTERREICHISCHE AUSSENPOLITIK

Gerhard Jandl (Kb, Ae, RSA)

„Das Buch war eigentlich eine Frucht des Covid-Lockdowns“, erklärt der österreichische Diplomat Andrea Nasi (Lp) seine Motivation, die österreichische Außenpolitik der letzten 300 Jahre zu analysieren. Das Jahr 1720, mit dem endgültigen Verzicht Kaiser Karls VI. auf Spanien und der Übertragung der – nunmehr auf die mitteleuropäischen Habsburger-Interessen fokussierten – Diplomatie an ein eigenes Ministerium, gilt als die Geburtsstunde der eigentlichen österreichischen Außenpolitik. Trotz aller Umbrüche

(1918, 1938, 1945) hat sich eine Konstante in den auswärtigen Beziehungen des Landes erhalten – die übrigens außerhalb Österreichs viel stärker wahrgenommen wird als daheim. Dieser Kontinuität ist das Buch gewidmet, wie auch der kürzlich verstorbene Erhard Busek in seinem Vorwort unterstreicht.

Nasi, in Albanien geboren und als Teenager nach Wien gekommen, ist einer der wenigen KÖLER im diplomatischen Dienst; nach seiner Funktion als Chef der österreichischen Vertretung bei der Palästinenserbehörde in Ramallah leitet er nun die Österreichische Botschaft Bagdad.

Ein besonderes Kennzeichen des 280 Seiten starken Ban-

des ist neben der Analyse der Schlüsselereignisse auch die Berücksichtigung des „Faktors Mensch“ in der Außenpolitik, nicht nur seitens direkter Akteure, sondern auch seitens sozusagen indirekter wie Franz Grillparzer oder Karl Kraus. So streift Nasi (um hier nur die wichtigsten der erwähnten CVer zu nennen) die Staatsideen Ignaz Seipels (Nc et mult.), die Verantwortung Engelbert Dollfuß' (F-B et mult.), den internationalen Umgang mit Kurt Waldheim (COT, später WI) oder den Werdegang Thomas Klestil's (Baj) vom Straßenbahnersohn über den Botschafter in Washington bis zum Bundespräsidenten. Ein Abschnitt über die Europa- und/oder Balkanpolitik Alois



Mocks (Nc et mult.) wäre vielleicht ein Desideratum für die 2. Auflage...

Andrea Nasi (Lp):
**Europäisch und international:
300 Jahre österreichische
Außenpolitik**
Ibero-Verlag Wien 2022
ISBN 978-3-85052-410-0

LESERBRIEFE

ACADEMIA 1/2023

Danke für die Zusendung der digitalen Academia, sehr gut gemacht, bin begeistert.

Dr. Karl Schröder (AIn)
D-92637 Weiden

Vielen Dank für die Academia, auch als PDF interessant.

Dr. Schnitz Rudolf Dürr
(Alb, Nc, RSA)
F-67000 Straßburg

Ich möchte mich für die ausgezeichnete Arbeit bedanken, die ihr mit der „Academia“ leistet. Es ist für mich ein ganz wertvoller Beitrag zur Meinungsbildung, gerade auch in den internationalen universitären Kontexten, in denen ich mich beruflich zu meist bewege.

P. Dr. Friedrich Bechina FSO (Am)
VA-00120 Vatikanstadt

ACADEMIA 1/2023: „WER FRAGT DIE FRÖSCHE...“

Es war äußerst wohltuend, den Beitrag von Mag. Dr. Josef Lackner über die erfolgte Zentralisierung des österreichischen Bildungswesens zu lesen. Endlich eine Wortmeldung eines echten Kenners der österreichischen Bildungslandschaft. Die Diskussion darüber wird seit Jahrzehnten von selbsternannten Experten und lin-

ken Ideologen dominiert, auf die zu oft gehört wurde und noch immer wird. Mag. Dr. Lackners Beitrag zeigt entlarvend auf, wie unter dem Mäntelchen von Modernisierung und Autonomie eine zentralistische Struktur für das Bildungswesen installiert wurde. Entgegen dem Geist unserer Bundesverfassung! Etwas zu kurz kommt mir bei den Betrachtungen die Rolle, die Cartellbrüder in diesem Prozess gespielt haben. VK Dr. Mitterlehner (A-D), WK Präsident Dr. Leitl (Kb) und LH Dr. Haslauer (R-J, BbW, Rp) haben dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet. Ob nur aus Naivität und ausschließlicher Sicht der eigenen Machtinteressen, oder ganz bewusst z.B. durch die Verwendung falscher Zahlen, wie das Dr. Leitl einige Male getan hat, möchte ich nicht bewerten.

Mag. Friedrich Koprax
(Merc, V-B)
2500 Baden

ACADEMIA 1/2023: „MENSCH, THEOLOGE, BISCHOF, CVER UND FREUND ÖSTERREICHS“ SOWIE EDITORIAL

Dass der CV mit Religio als einem der vier Prinzipien dem verstorbenen Papst em. Benedikt XVI. (Rup et al.) würdevolle Nachrufe widmet, wie durch den ÖCV-

Seelsorger P. Philipsky (Kb) im letzten Academia-Heft und durch Mag. Rützler Can. Reg. (Rd) im letzten Vorort-Heft, mag ja noch verständlich sein. Wenn aber im Editorial die heimischen Medien und der ORF als die bösen Buben hingestellt werden, geht das zu weit. Zumindest da hätte ein vornehmer Hinweis auf die Schattenseiten von Prof. Joseph Ratzingers Wirken kommen müssen.

o. Univ.-Prof. iR. Dipl.-Ing.
Dr. Wolfgang Oberndorfer (Nc)
3021 Pressbaum

ACADEMIA 1/2023: „RADIKAL, INTOLERANT, AGGRESSIV – EIN DÉJÀ-VU“

Darf ich, als treuer Leser der Academia, nachfragen, was die Redaktion bewegt, es dem Cbr. Kaspar (Am) nach wie vor in jeder einzelnen Ausgabe zu gestatten, seinen immergleichen, fast schon satirisch anmutenden (aber leider wohl ernstgemeinten) Unsinn auf einer vollen Seite auszuführen? Die ewig wiederkehrenden altväterischen Rundschnügel – vom permanenten Lamento über den bösen links-grünen ORF bis zu seinen Lieblingsthemen (selbstverständlich illegale) Migration und „Cancel Culture“ – sind derart holzschnittartig, dass sie meines Erachtens einer Zeitschrift eines Akademikerverbandes

unwürdig sind und vor allem auch die großteils gelungenen restlichen Beiträge in ein fragwürdiges Licht rücken.

Allein sein jüngstes Oeuvre in der Ausgabe 1/2023 hat bei mir mehrere Nachfragen ausgelöst: Meint Kaspar es ernst, die aktuellen Klimaktivisten nicht nur atmosphärisch in die Reihe von RAF-Terroristen zu stellen, sondern sie gar direkt als Terroristen zu bezeichnen? Als Jurist müsste er wissen, wie weit diese Aktionen (deren Unterstützer ich gewiss nicht bin) von Terrorismus-Tatbeständen entfernt sind, zumal die Aktivisten selten mehr begehen als eine Verwaltungsübertretung gegen die StVO – und solch eine wird auch so manchem Cartellbruder schon passiert sein... Und außerdem: Wenn er wirklich glaubt, dass der teilweise propagierte ökologische „System Change“ die freiheitliche Ordnung (und die Demokratie schlechthin) gefährdet, dann ist Cbr. Kaspar längst nicht auf dem Laufenden, was die diesbezügliche Staatsrechts- und Grundrechtsdogmatik anbelangt. Die einzige zu mir durchgedrungene inhaltliche Forderung der Aktivisten, nämlich Tempo 100, ist alles andere als verfassungsfeindlich (ganz im Gegenteil, manche betrachten diese Forderung als verfassungsrechtlich geboten!)

Neben der historisch sehr fragwürdigen (zumindest atmosphärischen) Verknüpfung von RAF-Terroristen und 68er-Bewegung und der ziemlich sicher falschen Interpretation Tandlers (der paradoxerweise auch Vertreter der Pflicht zu leben war), findet sich noch die Behauptung, im ORF werde der Zuseher mit „Anliegen der LGBTQ-Community traktiert“. Hier wäre ein Beispiel interessant gewesen, als regelmäßiger ORF-Zuschauer könnte ich mich an keinen derartigen Beitrag (schon gar nicht „traktierender“ Art) erinnern. Und außerdem: Erfüllt der ORF dadurch nicht seinen Auftrag, mit seinen Sendungen das gesellschaftliche Leben in Österreich widerzuspiegeln (§ 4d ORF-G)? So bleibt der gewohnte, sich um Tatsachen wenig kümmernde, Rundumschlag gegen die üblichen Feindbilder mancher (angeblicher) Konservativer, der akademischen Standards nicht ansatzweise gerecht wird und bei all jenen Lesern, die nicht direkt unserem Dunstkreis entstammen, sofort die peinlichsten Klischees über Studentenverbindungen evoziert. Ich würde die Redaktion einladen wollen, sich zu überlegen, ob es Derartiges wirklich jedes Mal braucht.

Univ.-Ass. Mag. Roman C. Friedrich, MES (Rt-D)
1010 Wien

Herbert Kaspar (Am) ist außerordentlich zu danken,

wenn er unermüdlich darauf aufmerksam macht, wie radikale Minderheiten in unterschiedlichen Bereichen unserer Gesellschaft Meinungsdictat zu erlangen versuchen.

Gerade im 175. Jahr nach dem für die bürgerlichen Grundrechte so bedeutsamen 1848 ist das Eintreten für Meinungsfreiheit sowie der freien Lehre und Forschung an den hohen Schulen dringender denn je. In eben diese Kerbe schlägt auch die renommierte Freiheitsforscherin Ulrike Ackermann. In der Online-Ausgabe eines Interviews mit der Sonntagspresse vom 26. Februar 2023, in dem sie am Beispiel der Sprachpolitik beschreibt, wie sich kleine Minderheiten widerstandslos gegen eine schweigende Mehrheit durchsetzen – eine Mehrheit, die Angst davor hat, in ein rechtes Eck gestellt zu werden.

Mag. Alexander Lesigang (Baj)
1230 Wien

Herbert Kaspar (Am) schreibt: „Der ehemalige SP-Politiker Julius Tandler, der noch in den 20er Jahren kein Problem darin sah, ‚die 30.000 Vollidioten Deutschlands‘ durch Euthanasie zu entsorgen, darf seinen Platz natürlich behalten. Er war eben bei der richtigen Partei.“ Zunächst sollte doch auch erwähnt werden, dass Julius Tandler auch Professor der Anatomie an der Medizinischen Fakultät der

Universität Wien und einer der Mitbegründer des guten Rufes der Wiener Medizin in der Zwischenkriegszeit war.

Es ist richtig, dass er in der Wiener Medizinischen Wochenschrift 1924 schrieb: „Welchen Aufwand übrigen die Staaten für völlig lebensunwertes Leben leisten müssen, ist zum Beispiel daraus zu ersehen, daß die 30.000 Vollidioten Deutschlands diesem Staat zwei Milliarden Friedensmark kosten. Bei der Kenntnis solcher Zahlen gewinnt das Problem der Vernichtung lebensunwerten Lebens an Aktualität und Bedeutung. Gewiß, es sind ethische, es sind humanitäre oder fälschlich humanitäre Gründe, welche dagegen sprechen, aber schließlich und endlich wird auch die Idee, daß man lebensunwertes Leben opfern müsse, um lebenswertes zu erhalten, immer mehr und mehr ins Volksbewußtsein dringen.“ Es ist hart, solche Worte lesen zu müssen. Doch in demselben Aufsatz schrieb Tandler auch: „Es gibt lebensunwertes Leben vom Standpunkt des Individuums, aber auch vom Standpunkt der Bevölkerungspolitik, und auch hier geraten Individuum und Allgemeinheit oft in Konflikt. Die Einschätzung des Wertes des eigenen Lebens

ist und bleibt ein Teil der persönlichen Freiheit; es gibt nicht nur ein Recht auf Leben, sondern auch eine Pflicht zu leben und die Abschätzung zwischen Pflicht zu bleiben und Recht zu gehen, ist Angelegenheit des Individuums.“

Tandler schlug also keine ‚Euthanasie‘ im NS-Sinne vor, sondern viel mehr Eugenik, die sehr wohl nicht auf medizinische Zwangsmaßnahmen, sondern auf Beratung und Aufklärung der Bevölkerung etwa im Bereich der Eheberatung und Familienplanung aus war. Er war der damals gängigen, heute längst widerlegten Meinung, dass erworbene Eigenschaften der Eltern von den Kindern genetisch geerbt werden könnten. Es ist kein Zufall, dass der inkriminierte Aufsatz den Titel ‚Ehe und Bevölkerungspolitik‘ trägt.

Ein Autor sollte, bevor er seinem heiligen Zorn freien Lauf lässt, gerade in einer Akademiker-Zeitschrift etwas ausführlicher recherchieren, bevor es zu einem Anathema kommt. Das käme auch den übrigen Thesen des Kommentars zugute.

Univ.-Prof. Dr. Norbert Richard Wolf (Alln, Rp)
D-97074 Würzburg

BILDQUELLENVERZEICHNIS:

- S. 4: Logo Prag: 2023 CCEE
- S. 22–25: Akademikerhilfe
- S. 25: Ernst Bruckmüller: Uni Wien



Jetzt bewerben
auf [uniqa.at](https://www.uniqa.at)

**WORLD'S BEST
EMPLOYERS**

Forbes
2021&2022

POWERED BY STATISTA